

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Ladtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e.V., Wln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühren. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 50 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 48.

Berlin, 28. November 1930.

11. Jahrg.

Magistrat Elbing
28. NOV. 1930

Warum greift der Völkerbund gegen den ungeheuren Terror in Polen nicht ein?

Ein Telegramm des Ostbundes an den Reichskanzler.

Die Bundesleitung des Deutschen Ostbundes hat an Herrn Reichskanzler Dr. Brüning das nachstehende Telegramm gefandt:

„In tiefer Empörung über die seit Monaten sich häufenden polnischen Herausforderungen Deutschlands und in heftiger Erschütterung über die ungeheuren Drangsalierungen und die jeder Beschreibung spottende Massenwahlenverletzung der Deutschen in Polen bitten wir dringend um Maßnahmen, welche Sühne der vielen vorgekommenen Überfälle und Verbrechen sichern, den Geschädigten entsprechende Entschädigungen gewährleisten, die vorgekommenen Wahlschönheiten einwandfrei beseitigen, ihre Folgen beseitigen und die Wiederholung solcher Vergewaltigungen der elementarsten Minderheitenrechte verhüten.“

Wir bitten ferner, nachdrücklich dafür einzutreten, daß der Völkerbund nicht nur in Ostoberschlesien dem Genfer Abkommen zu voller Geltung verhilft, sondern auch sonst in Polen der deutschen Minderheit ihre verbrieften Rechte sichert.

Zugleich erbitten wir Maßnahmen gegen die unausgesprochene systematische deutschfeindliche Hetze der polnischen Wäutler diesseits und jenseits unserer Ostgrenze.

Die Mitglieder unserer rund 500 Ortsgruppen im Reich teilen die Erregung des Deutschstums im Osten wie der gesamten deutschen Öffentlichkeit und fordern schnelle Hilfe und schärfste Abwehr.“

Zugleich hat sich die Ostbundesleitung in dieser Angelegenheit mit Eingaben an Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg, an den Völkerbund in Genf, dem sie ein längeres Telegramm mit schärfstem Protest und entsprechenden Forderungen zugehen ließ, und an den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Herrn Calonder in Rattowitz, gewandt.

Weitere Protest-Rundgebungen

Die Ostdeutsche Arbeitsgemeinschaft

mit den Landes-, Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes, des Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen, Vereins der Danziger, Reichsbundes der Polenier, der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, des Vereins heimattreuer Grenzschlesier, des Deutschen Ostmarkenvereins, der Grenzmannschaft Ostpreußen, der Landsmannschaft Glacia und der Landsmannschaft Oberschlesien in Breslau haben an die Reichsregierung das nachstehende Telegramm gefandt:

„Die Entrechtungen und Verdrückungen der Deutschen in Polen, insbesondere bei den letzten Wahlen, in dem Deutschland entziffenen Landesteilen haben tiefe Empörung in allen unseren östlichen Grenzkreisen bei der Bevölkerung ausgelöst. Wir haben als Heimattreue stets mit friedlichen Mitteln in Cour, Ruhe und Disziplin um die Wiederherstellung der alten Grenzen unserer geliebten Heimat gerungen und werden dies auch weiter im Bewußtsein unserer guten, gerechten Sache tun. Die neue Lage des Deutschstums infolge der andauernden Bedrückungsmassnahmen derart, daß ein Zusammenbruch der deutschen Kulturgemeinschaften zu befürchten steht, wenn das deutsche Volk und seine Regierung nicht mit allem zu Gebote stehenden Mitteln rettend eingreift. Deshalb fordern wir von der Reichsregierung, daß sie, ihrer hohen Verantwortung sich bewußt, aus rechtlichen und sittlichen Gründen das deutsche Volkstum jenseits der Grenzen schützen wird.“

Der Kyffhäuserbund der deutschen Kriegervereine

hat sich in der gleichen Angelegenheit mit nachfolgender Eingabe an die Reichsregierung gewandt:

„Die an 3 Millionen ehemaliger Soldaten umfassende Kriegervereinsorganisation will entsprechend ihren vaterländischen Aufgaben in tiefer Empörung auf die schmachvollen Maßregeln hin, mit denen der Vernichtungskampf gegen das Deutschstum in Polen in immer steigendem Maße geführt wird, eine Million Deutscher ist bereits aus den ge-



W. G. Hoff. Bild.

Die Schneekoppe (1605 m) im Riesengebirge.

Die schlesischen Gebirge (Hr.-, Riesen-, Waldenburger, Eulen-, Glaser und Altkriegergebirge) sind wegen ihrer Höhe (900 bis 1600 m) und des kontinentalen Klimas Schließens ausgezeichnete Winterportplätze bis tief in den Frühling hinein.

möglichen deutschen Gebieten verdrängt werden. Bei den polnischen Wahlen sind die Führer der deutschen Minderheiten ihres Wahlrechts beraubt oder verhaftet worden. Rückichtslos werden deutsche Schulen vernichtet. Die Freie Stadt Danzig wird systematisch zerstört. Es ist schon heute offenkundig, daß durch den bevorstehenden polnischen Senatstags werden nächster polnischer Reichstag liegen, nicht nur in Polen, sondern auch im Rande des Deutschums, ja sogar der Fricke Europas schwer bedroht wird. Der Ruffkaiserbündnis bittet daher dringend, der Reichskammer solle bald wirken, daß deutscherseits die aus dem Völkerverbund sich ergebenden Möglichkeiten mehr als bisher ausgenutzt werden. Die einseitige Entlassung Deutschlands inmitten überstark gestützter heimlich gefasster Resolutionen wird immer mehr zu einer direkten Kriegserklärung. Denn sie ist Anreiz zu den gefährlichsten dauernden Reichsbrüchen, denen Akte kriegerischer Gewalt leicht folgen können. Unsere Völkereinheit bedroht unsere nationale Existenz!

Auch der Stahlhelm verlangt das Eingreifen der Regierung.

Der Bundesvorstand des Stahlhelms nahm in einer am 16. November in Augsburg abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung an:

„Seit Wochen werden die Deutschen in Polen wieder in geistigerem Maße mißhandelt und verfolgt. Die Verhabe der Aufforderungen sind unter Förderung durch die polnische Regierung mobilisiert worden. Gewalttätige Übergriffe auf deutschen Boden, wie in Jassy 1921, drohen. Größte Sorge hat die deutsche Grenzbevölkerung darüber ergriffen. Zusammen mit der gefassten deutschen Grenzbevölkerung fordert der Stahlhelm, daß die Reichsregierung sofort Maßnahmen trifft, um eine Wiederholung polnischer Überfälle wie 1921 mit aller Sicherheit zu verhindern.“

Der schlesische und der oberösterreichische Stahlhelm haben Telegramme mit der Bitte um Hilfe an Hindenburg geschickt.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums

hat in einer Sitzung in Berlin nach Ausführungen des Abgeordneten Prälat Ullrich über die Verfolgungen der Deutschen in Oberschlesien folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat von den unerhörten Terrorakten polnischer Kreise gegen die Deutschen in Oberschlesien zur Unterstützung ihres deutschen Volkstums und zur Vergewaltigung ihrer durch Verträge verbrieften Rechte Kenntnis genommen. Der Reichsparteivorstand erhebt vor der ganzen Welt feierlichen Protest gegen diese deutschen Minderheiten angelegene Unbill, verurteilt die betroffenen deutschen Volksgenossen seiner aufrichtigen und hilfswilligen Teilnahme und ermahnt von der Reichsregierung alsbald Maßnahmen zur Erreichung einer entsprechenden Wiedergutmachung für die Geschädigten und zum Schutze der Deutschen in Polen für die Zukunft.“

Wir begreifen es, daß der Reichsparteivorstand des Zentrums eine so scharfe Sprache gegenüber den polnischen Exzessen gefunden und sich so energig auf die Reichsregierung gemeldet hat mit dem Verlangen nach Wiedergutmachung für die Geschädigten und Schutz der Deutschen in Polen für die Zukunft.

Die Zentrumsfraktion hat am 25. November in Gegenwart des Reichskanzlers auf Ullrichs Anregung eine Interpellation beschlossen, die die Regierung zu energigem Einschreiten auffordert.

Die deutschnationale Reichsfraktion

hat ebenfalls energigem Eingreifen der Regierung und schnelle Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt.

Die Deutsche Staatspartei

hat in preußischer Landtag eine Große Anfrage eingebracht, in der ausgeführt wird:

Der Terror, unter dem die deutsche Bevölkerung Polens seit dem Verlust der deutschen Objekte leidet, hat im Laufe der letzten Wochen ein völlig untragbares Maß erreicht. Die Behinderung der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der Ausübung ihres Wahlrechtes, die Terror- und Boykottakte in ehemaligen Wehrbezirken, Polen und Oberschlesien, die sich bis zu verheerenden Verbrechen gegen die Angehörigen des deutschen Volkstums geäußert haben, zeigen, daß die durch die Grenzbesetzung des Versailler Diktats bedingte polnische Lage im schlesischen Mittelpolen unhaltbar ist. Es wird gefragt, ob die Staatsregierung gewillt sei, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der deutsche Gesandte in Warschau unerschrocken beauftragt wird, von der polnischen Regierung mit allem Ernst und Nachdruck die Sicherung des Lebens, Eigentums und des Meinungsstrebens der deutschen Bevölkerung in Polen sowie Schadenersatz für die zugefügte Unbill zu verlangen. Ferner wird die Staatsregierung einwirken wollen, daß dem Generalkonsul in Warschau die polnische Regierung eine Denkschrift über die Vorgänge der letzten Wochen in Polen vorgelegt und diese bei der nächsten Kagung des Völkerverbundes in einer den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkstums in Polen entsprechenden Weise behandelt wird. Die Staatsregierung wird gefragt, ob sie bereit ist, dem Landtag oder einem Ausschuss so schnell wie möglich über die Vorgänge in Polen

und über die von der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Die nationalsozialistische Fraktion

hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung, umgeben die erforderlichen Maßnahmen ergreifen soll, um aus dem Millionenhaufen der menschlichen Arbeitslosen einen freiwilligen Grenzschutz zu bilden, um mindestens 100.000 Mann zur Abwehr polnischer Übergriffe längs der deutsch-polnischen Grenze aufzustellen.“

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Im Anbetracht der Ikanbösen Vorgänge in Polen, die eine Anrechnung und Schändung der dort lebenden Deutschen darstellen, beschließt die Fraktion des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Frick, diesen Ausschuss einberufen. Auf Ersuchen des Reichsaussenministers ist die Einberufung bis zum nächsten Dienstag zurückgestellt worden, da der Minister noch wichtige Berichte erwartet.

Die nationalsozialistische Reichsfraktion wird über diese Frage eine Interpellation im Reichstage einbringen.

Der schlesische Landesverband der Deutschen Volkspartei

hat in einem Telegramm an Dr. Curtius entzündende Stellungnahme verlangt. Der Schluß des Telegramms lautet: „Schonung an der Grenze über die wir Zivilisten haben, können, daß das deutsche aufrührerische polnische Elemente nicht fortgesetzt. Energig, deutsche Schritte könnten Verabingung herbeiführen.“

Die Offfragen sind keine Parteifragen!

Eingehen an die Regierung liegen auch noch von einer großen Anzahl anderer Verbände und Vereine vor. Sie spielen sämtlich die außerordentliche Erregung wieder, die unser ganzes Volk wegen der Deutschenverfolgungen in Polen empfunden hat. Wir hoffen und wünschen, daß das deutsche Volk in dieser Frage einsig und geschlossen bleibt und die Parteien sich nicht durch Erwennung von Zwietracht an unserm Volkstum verunreinigen. Die „Völkische Zeitung“ befürchtet, daß die rechtsgerichteten Kreise sich einseitig dieser Angelegenheit bemächtigen könnten.

Hier haben wir die Gefahr, die in solchen Dingen immer droht: daß parteipolitische Fragen zu Parteifragen gemacht werden, ein Gefühl der Gleichgültigkeit gegenüber dem gemeinsamen Schicksal der Deutschen in der „Völkischen Zeitung“ der Meinung, daß die Regierung unter allen Umständen die Angelegenheit energig betreiben muß. Tut sie das, so wird die Erregung im Volke zwar nicht verschwinden, aber nachfolen und andere Formen annehmen.

Eine Erklärung Calenders.

Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier, der Deutsche Evangelische Volksbund Oberschlesien und der Oberschlesische Kulturverband haben einen offenen Brief an Calender mit scharfem Protest gerichtet, in dem es zum Schluß heißt: „Wir bitten Sie, beim Völkerverbund, dem entweder die Macht oder der Wille fehlt, die Minderheiten zu schützen, dahin zu wirken, daß der Seilsprung der Völkervertragskonferenz gut gemacht und Oberschlesien dem ihm kulturell, wirtschaftlich und national verbundenen Deutschland zurückgegeben werde. Nur auf diesem Wege kann die in bedrohliche Nähe gerückte Kriegsgesfahr, hervorgerufen durch die Auffassungen und ihre antilenen Schutze, beseitigt werden.“

Diese an sich berechtigte Forderung ist an die falsche Adresse gerichtet. Calender antwortet in einer öffentlichen Erklärung: „Der Brief ist an mich gerichtet, aber die Verantwortlichen der Offensiven deutscher Verbände veröffentlicht worden, wodurch ich zur Erfüllung meiner Pflicht ermächtigt werde. Ich sehe mich nicht neugierig, herzu, irgend, etwas, zu, antworten. Der, Völkerverbund, hat die polnische Minderheit haben um meinen Schutz stets bitten können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß die polnische Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese des Pflichtgefühl der Präsidenten der Gemischten Kommission verlegenden Zumutung werde ich mit Entrüstung zurückweisen. Die heutige Grenze ist selbstverständlich Grundlage meiner Mission.“

Massenproteste der Bevölkerung in Gleiwitz und Ratibor.

Am 24. November traten in Gleiwitz die Fraktionsführer des Stadtparlaments zusammen, um die Beschwerden, die in Oberschlesien gegen Deutsche verübt worden sind, Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, für den kommenden Sonntag die gesamte Bevölkerung der Stadt Gleiwitz zu einer Protestkundgebung aufzurufen. Um 11 Uhr wird diese Kundgebung auf dem Ring beginnen. Rechtsanwält Raffanke wird eine Ansprache halten und darauf eine Entschließung zur Abstimmung stellen. In dieser Kundgebung werden sich sämtliche Gleiwitzer Parteien und die drei hier vorhandenen Gewerkschaften beteiligen.

So ist es richtig! Der Schutze des Deutschstums im Osten muß die Sache aller Parteien sein! An Ratibor findet am Sonntag eine gleiche Kundgebung statt.

Dr. Urbanek für eine feste Polenpolitik.

Der Landrat des Kreises Deuthen-Carnow und frühere deutsche Abteilungskommissar in Oberschlesien, Dr. Urbanek, stellt in der

150 Ostdeutsche Heimatkalender für 1931

hat die Ortsgruppe Rabden (Westfalen)

Das ist ein außerordentlich erfreulicher Erfolg und stellt eine vorbildliche Werbetaetätigkeit für den Deutschen Ostbund und die von ihm vertretenen große ostdeutsche Sache dar.

Wenn ein solcher Erfolg einer verhältnismäßig kleinen Ortsgruppe möglich war, so hoffen wir, daß dies unsere größeren Ortsgruppen anspornt, in gleicher Weise tätig zu sein, um unseren Ostdeutschen Heimatkalender nicht nur unter den Mitgliedern, sondern vor allem auch, wie es die Ortsgruppe Rabden getan hat, unter **Richtmarken in weitgehendem Maße zu verbreiten.**

überhöchsten Zentrumspreise in einer Ausstellung steht, daß Polen mit den einseitigen Ausschreitungen in Ostoberschlesien die offene Feindschaft eindeutig erklärt habe. Urbanek stellt dazu zwei Forderungen auf: 1. Keine Verteilung an den polnischdenkenden deutschen Staatsbürgern. 2. Aber alle Energie

bereits vertreiben und 15 nachbestellen.

treiben, um so für die Sache unserer alten Heimat zu wirken.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ findet überall größten Anklang, weil er in Wort und Bild reichhaltiges hochinteressantes Material über den ganzen Osten bietet.

Der Ladenpreis beträgt 1,50 M., der sich beim Kauf des „Heimatkalender“ für Ostbinder auf 1,20 M. (jeweils 30 Pf. für Porto bei Versand nach außerhalb) ermäßigt. Ortsgruppen erhalten für größere Sammelbestellungen weitere Preisermäßigungen.

nach außen. Keine schwache Haltung zeigen. Wer jetzt Schwäche zeige, ermuntere die Polen zu neuen Greueln und mache sich mit schuldig.

Dr. Urbanek wendet sich zum Schluß gegen den Völlzug des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens.

Die Reichsregierung greift ein.

Das Kabinett hat beschlossen, sofortige Einberufung des Völkerbundes zu beantragen.

Das Reichskabinett hat sich am 24. November mit dem unerhörten Vorgängen in Polen befaßt, vor allem mit den dauernden Angriffen der polnischen Aufständischen auf Vertreter der deutschen Minderheit, mit der Verdrängung des Lebens der Deutschen in Ostoberschlesien, mit dem Verstoß der polnischen Regierung, der gegen die Deutschen ausgetrieben wurde. Das Kabinett hat nicht gleich tief Beschlüsse gefaßt. Es hat aber den deutschen Generalkonsul in Katowitz, Freiherrn von Grünau, beauftragt, an den Orten, an denen die polnischen ganz besonders gegen die Deutschen gemüht haben, Feststellungen zu machen und darüber dem Außenminister in Berlin Bericht zu erstatten. Das Kabinett wird dann zu neuen Beratungen zusammenkommen. Herr von Grünau hat schon am 25. November in Berlin der Reichsregierung über die Vorkälle der Polen gegen die deutsche Minderheit Bericht erstattet. Der umfangreiche Bericht enthält so viel eindringliche Tatsachen, daß die Reichsregierung nunmehr entschlossen ist, auf Grund von § 72 des deutsch-polnischen Abkommens, der identisch ist mit § 12 des allgemeinen Minderheitenabkommens, **unverzüglich beim Völkerbund vorzulegen zu werden.** In einer neuen Sitzung des Völkerbundes wird die polnische Regierung aufgefordert, sich zu erklären. Trotz einseitigen, die sofortige Einberufung des Völkerbundes zu verlangen und in einer Denkschrift für Genf das Konkordats Freiden gegen die deutsche Minderheit in Polen zu schildern.

In dem Paragraphen, auf den die deutsche Regierung sich stützt, erkennt Polen ausdrücklich an, daß Deutschland das Recht habe, in jedem Fall einer Verletzung des Abkommens sich an den Völkerbund

zu wenden und daß dieser befugt sei, die ihm notwendig erscheinenden Schritte zu ergreifen.

Der Damm ist also gebrochen! Die Reichsregierung handelt nicht nur, sondern sie macht der Öffentlichkeit auch Mitteilung darüber. Das ist nicht wenig für die heutigen Verhältnisse. Die Öffentlichkeit ist einseitig, sie ist verständig, weil der polnische Angriff der Aufständischen-Verbände in besonders verwerflicher Weise gehandelt und Tausende geschaffen haben, die sich leicht nachprüfen lassen. Wir betrachten es aber als selbstverständlich, daß die Reichsregierung sich auch der Deutschen in den übrigen Teilen Polens annehmen und bei dieser Gelegenheit eine gründliche Abrechnung mit Polen halten wird, bei der auch die polnische Herausforderung Deutschlands, wie die künftige polnische Singschiffpionage, die Entziehung der Schankkonzessionen der deutschen Gasts- und Hotelwirte in Polen und ähnliche Dinge mit betraut werden. Der deutschen Regierung wie der deutschen Öffentlichkeit liegt es sehr, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Polens einmischen zu wollen. Die Polen mögen untereinander, die Polen selbst, was sie wollen, das soll wenig kümmern. Hier aber handelt es sich um die Wahrung der elementarsten Minderheitsrechte, und zur Wahrung der letzteren ist die deutsche Regierung nicht nur befugt, sondern geradezu verpflichtet. Sie hat von diesem Recht bei den Völkerbundtagungen in Genf regelmäßig Gebrauch gemacht und muß das erst recht tun jetzt, wo die Verletzung der deutschen Minderheiten in Polen einen Grad und Umfang erreicht hat, wie das noch niemals der Fall war.

Helle Empörung auch in der Presse.

In der ganzen deutschen Presse, von den nationalsozialistischen Blättern bis zu den kommunistischen, spiegelt sich die ungeheure Empörung wieder, die das ganze deutsche Volk wegen der schändlichen Vorgänge in Polen erfüllt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 549) schreibt u. a.: „Es geht mit Polen nicht mehr so weiter wie bisher.“ Die schändlichen und unerhörten Terrorakte in Ost-Oberschlesien, der blutige Ausrottungskampf gegen alles Deutsche in diesem angeblich unter dem Schutz des Völkerbundes lebenden Gebiet haben Seiten angenommen, die selbst für polnische Verhältnisse **unerhört und für das Deutsche Reich nicht mehr erträglich** sind. Die internationale Öffentlichkeit muß gegen diese schändliche Vergeßlichkeit aufpassen werden. Der Völkern ist zum hundertsten Male erbracht, daß an der deutschen Offiziers anhaltbare und lebensgefährliche Zustände bestehen, deren Abwendung im Interesse des Weltfriedens dringend geboten ist. Wir fordern die Weltregierung auf, mit größter Beschleunigung zunächst einmal die Schritte in Genf zu tun, die die kulturellen Ausschreitungen der organisierten polnischen Völkern notwendig machen. Niemand kann garantieren, ob eines Tages, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt, nicht der Augenblick eintritt, in welchem die Verdrängungen nicht mehr möglich werden können. Die grenzenlose Verachtung, die die von der polnischen Regierung betriebenen Ausschreitungen in Ostoberschlesien gegen die deutschen Minderheiten beweisen, fordert ihre Sühne. Die Verletzung des Völkerbundes kann sich nicht länger der Duldung überhöchster Ausschreitungen schuldig machen. Das deutsche Volk verlangt von der Regierung sofortiges, rückichtsloses Einschreiten auf diplomatischem Wege. Demnach in Warschau haben nicht den geringsten Zweck mehr. Es muß in Genf gehandelt und von der Weltregierung ein politisches Vorgehen gebunden werden, das nicht mehr länger bingenommen werden kann.“

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ (Nr. 548) schreibt unter der Überschrift „Trotzt das Deutschland in Polen“ in gleicher Weise: „Was sich in den ersten Wochen, besonders in Ostoberschlesien, ereignet hat, ist ein **schwerer Verstoß gegen das Völkerbundsgebot**, was uns in unangenehme Lage, Männer, Frauen und Kinder werden überfallen, in ihren Wohnungen belagert, mißhandelt, in die Wälder verschleppt, verurteilt, erschlagen und wie Hunde zer-

schlachtet. Tausende von Deutschen verbringen ihre Tage und Nächte in namenloser Angst vor den Räubertropfen des polnischen Volkes, das uns überhaupt erst seine staatliche Existenz verdankt. Alle diese Ungeheuerlichkeiten vollziehen sich vor den Augen einer Welt, deren maßgebende Staaten die Macht besitzen würden, um mit einem Wort allen polnischen Ungehörigkeiten ein Ende zu bereiten. Aber die faulen und selbstverleumdenden Herren der normalen Parteien lassen es sich am Gefallen des Gewinns und in ihren Mißverständnissen wohl sein und wünschen nicht, in ihrer Aufgabe zu scheitern. Pflicht der deutschen Öffentlichkeit und ganz besonders der deutschen Regierung ist es jetzt endlich, die Selbstverleumdungen nachzurufen und ihnen in die Ohren zu schreien, daß **das Gedulde des deutschen Volkes ein Ende hat.** Es ist durchaus berechtigt, daß aus Ostoberschlesien kommen, wo die vernünftige Mahnung zu betonen, daß an der Organisation der Selbstverleumdungen mitzuführen, da man nicht mehr, was die von Dillabichs Systeme angeordnet und vom Blutraufschuß des polnischen Völkern morgen tun werden, wenn es auf polnischem Gebiet, in den Hütten der verdrängten, mißhandelten, zum Grundegeordneten und verlassenen Minderheiten deutschen nichts mehr zu tun gibt. . . . Es muß sofort dem Völkerbund und vor allem dem Völkern, das das Gefäß des deutschen Volkes überlassen kann und daß der Völkerbund die Verantwortung für alles trägt, was dann geschehen kann. Wir werden uns dann, und zwar sehr bald, die Frage vorlegen müssen: was haben die zahlreichen Polen in Deutschland, deren Freunde sich als Henker an wohlpolnischen Deutschen betätigen, noch zu suchen?“

Der demokratische „Berliner Börsen-Courier“ (Nr. 548) überschreibt seine ergreifenden Schilderungen „Die Deutschen in Polen rechtlos! Was tut die Reichsregierung?“ Er führt in diesem Artikel aus: „Die Deutschen Ostoberschlesiens werden zur Verdrängung getrieben. Sie sind in einer Weise entrechtet, wie höchstens noch die unglücklichen, von polnischen Selbstkatholiken, ukrainischen, sonst mit keine Minderheiten auf der ganzen Welt Völkerbund angegriffen betreten Erde.“ Das Blatt spricht weiter von „beispiellosem Barbare“ und schließt: „Man muß sich fragen, ob dem deutschen Volk und sogar dem gerecht denkenden Ausland die Geduld zugunsten werden darf, dem

langsamem Justizwesen der Besondere an den Genset Minderheitsaus-
scheidung zu gehen. Ob nicht ein unmittelbarer, hier nachdrücklicher
Schritt der Reichsregierung in Warschau und, unbefehlet dessen, ein
Antrag auf Zusammenberufung des Völkerverbundes zu einer Sonder-
sitzung am Platze ist. Mit lebhafter Mitbeteiligung der polnischen Un-
genügsamkeiten ist es heute nicht mehr getan.

Das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 554) überbringt einen Artikel
„Polnischer Terror“ (Nr. 554) (Nr. 280). Die Sejmabteilung
in Ostoberschlesien; die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 553); „Alten in
Europa“; der „Hannoversche Kurier“ (Nr. 542); „Gemalt der Welt“;
die „Magdeburger Zeitung“ (Nr. 634); „Polens Freiheit gegenüber
dem Deutschland“; die „Eisenacher Gesellsch.“ (Nr. 272); „Erdmuth der
Gemeint“ und der „Vertrag“; der „Samburgische Korrespondent“
(Nr. 547); „Deutsche von Polen umarmt“; „Mitsch.“

Der „Berliner“ veröffentlicht in Nr. 549 einen langen Artikel
unter der Überschrift „Europa unter Anklage. Die Mächte
sind in Polen und versichert, daß die versonnenen Stillen aus
diesem ehemals reichsteuropäischen Gebiet nicht abgesehen werden sollen.“
Er verlangt Eingreifen des Völkerverbundes und führt fort: „Hat man
sich in den europäischen Rationen schon Gedanken darüber gemacht,
welche nachahbaren Komplikationen entstehen können, wenn im Grenz-
gebiet auf deutscher Seite Elemente, die ebenso nationalisiert verhetzt
sind wie drüben die Volkkommandos Gragnyski, auf eigene Faust be-
schließen, lokale Strafexpeditionen in benachbarte Grenzgebiete zu
unternehmen?“ Die bloße Möglichkeit eines solchen Schandreiches ist
so ernst, daß sie ins Auge gefaßt werden muß, wenn der dröselig
Mann können ungeheures politisches Unheil anrichten. Dieser Gefahr
kann und muß rechtzeitig vorgebeugt werden, indem die Regierungen
ihre Pflicht gegenüber der deutschen Minderheit erfüllen. Im Rot-

schuß muß sogar, lahmungsgemäß, wenn Gefahr im Verzug ist und wenn
auch nur einer der 50 Völkerverbundsstaaten die Initiative dazu er-
greift, der Rat unverzüglich einberufen werden.“ — Sehr
gründlich liest das sozialistische Blatt dann den Weltmächten den Text
wegen ihrer Mitschuld an der Pilsbülshand und stellt eine Forderung
auf ein Eingreifen der englischen Arbeiterregierung.

Die ebenfalls sozialdemokratische „Deutsche Volkszeitung“ (Nr. 270)
schließt am Schluß eines Artikels „Der Sturm der Gewalt“ u. a.:
„Ob wir oder ohne Senat... Die Wahlberechtigten in Polen ist die Gefahr
neuer Reibereien und Konflikte zwischen Deutschland und Polen
gewaltig gewachsen. Deshalb mahnen auch die Wahlen in Polen die
Arbeiterschaft Deutschlands, auch der vom Osten drohenden sozialistischen
Gefahr dauernd erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Darum
dauernde Alarmbereitschaft auf der ganzen Linie!“

Die kommunistische „Rote Fahne“ (Nr. 275) sagt in der
Überschrift eines Artikels „Mit Massenbestrafungen, Folterungen
und Morden (hat) sich Pilsbülsh eine Mehrheit im Senat.“ Weiter führt
sie aus: „Daß in Massenverhaftungen, Verschleppungen, Folterungen,
Zerhörnung von Wohnungen, Brandstiftung und Ermordung war den
Sozialisten jedes Mittel recht, die revolutionären Arbeiter und die
deutsche nationale Minderheit mundtot zu machen.“

Wir müßten alle deutschen Zeitungen zitiern, wollten wir er-
schöpfend sein. Denn aus allen lobt die helle Empörung über das
falsche Vorgehen des Völkerverbundes hervor, von dem der „Berliner
Vorwärts“ schreibt: „Die Wahlen der Minderheiten in Ostoberschlesien
würde, wenn man es mittelalterlich nennen würde, ein Vorgehen, das
in der Tat ohne Beispiel in einem Kulturstaat ist. Polen
ist kein Rechtsstaat, Polen ist die Scholle!“

Die Wahlen zum Senat und zum Völkerverbund, Ostoberschlesien, vom 3. November.

Rückgang der deutschen Stimmen und Mandate unter blutigem Terror. — Pilsbülki „fiert“. — Sedz Cote in Ost-
oberschlesien. — Salander greift ein.

Die Senatswahlen.

Raum war der Tag der Sejmabteilung, der trotz vielerlei Schikanen
nach außen hin verhältnismäßig ruhig verliefen war, natürlich, wenn
batten die ausländischen Journalisten, die sich als unbedeutende
Kontrollreise eingeladen hatten, Polen wieder verlassen, als der
Terror von neuem über die Deutschen hereinbrach. Die Aufständischen
schienen mit dem „Erfolg“ ihrer „Arbeit“ noch nicht zufrieden zu sein;
daß es immer noch die deutsche Sejmabteilung in Ostoberschlesien nicht
das oberschlesische Volk am 16. November in seiner erdrückenden
Mehrheit den Deutschen einen ungeschlagenen Sieg
erteilt hatte, ließ sie nicht ruhen. Sie legten, erinnert man sich,
den Wojewoden Gragnyski, ihre blutigen Ausreitungen gegen die Ange-
hörigen der deutschen Minderheit fort und bereiteten, kaum daß das
Ergebnis der Sejmabteilung bekannt war, neue antideutsche
Rundgebungen vor. Während im übrigen Polen der Wahl-
kampf nach dem Kräfteaufwand der Sejmabteilung mehr abgeflacht
war, hat sich daselbst ein Kampf gegen die Deutschen in
Deutschland in Polen von Tag zu Tag steigert,
bis er am Vorabend des Wahltages zu den be-
stimmten Überfällen in Hohenbirkeln geführt hat, die nun
endlich ein Eingreifen Calombers und der Reichsregierung erzwungen
haben. Die oberschlesische Bevölkerung hat sich vielfach, in ma-
holler Erbitterung und der Verneinung nahe, gegen die Banken
und Raubmörder mit deren Hilfe der Wojewode den Widerstand
gegen die Warschauer Regierung niedermeyern versucht hat, er-
hoben. In Gollasowits wurde in der Nacht zum Wahltag
der Polizeibeamte Schnapka erschossen; bei einem Zu-
sammenstoß in Rudorf wurde der Aufständische Steh-
mann von Kommunisten erschossen. In Wickenbain
haben Korstantanbänger einen unteren Aufständischen er-
schlagen. Die Sejmabteilung hat aber in Ostoberschlesien
Cote und Salander berichtet gegeben. Im Vergleich zu
den mühen Treiben der Regierungstruppe am 23. ist der Terror,
der am 16. November die Minderheiten niedergedrückt hat, nur ein
schwerer Ausfluß gewesen. Der Gang zur Wahlurne war
für alle, die nicht offen für den Regierungsb-
lock hielten, mit Gefahr für Leib und Leben
verbunden. Das Wahrgeschehen in Katowice gleicht
einem Flüchtlingsspiel. Selbst die deutsche Vertretung hat den
Schutz und verbinden auf preisloslich errichteten Pöbelstätten schlo-
sche Rechte; sie sind schon längere Zeit, um nicht ihren Verfolgern
in die Hände zu fallen, nicht bei ihren Angehörigen gewesen. Aus
diesem Grunde gingen die Stimmen aller Oppositionsparteien,
insbesondere die der Deutschen, im Vergleich zu den Sejmabteilungen vom
verletzten Sonntag erheblich zurück.

Pilsbülki hat auch im Senat die Mehrheit, und zwar
die Zweidrittelmehrheit, gewonnen. Die 111 Senats-
mandate verteilen sich wie folgt (in Klammern die bisherige Mandats-
verteilung auf Grund der Wahlen vom 11. März 1928):
Regierungspartei 75 (47), Zentralkommunisten 14 (25), Nationaldemo-
kraten 12 (29), Arbeiter und Wehrtr. 5 (13), Deutsche 3 (5), Christl.
Demokraten 1 (6), Ukrainen 1 (6).

* Die Deutsche Volksgemeinschaft hätte unter einigemmaßen normalen
Verhältnissen noch ein viertes Mandat gewinnen können. Durch den

Ausfall dieses Mandats ging nach den Bestim-
mungen des Wahlgesetzes auch das fünfte Man-
dat, das aus der Staatsliste durch Anrechnung
der Reststimmen den Deutschen zufallen wäre,
verloren. Die drei ersten deutschen Mandate entfallen auf die
Wahlkreise Sedz, Polen und Ostoberschlesien. Das
Pommersche Senatsmandat ging verloren. Hier war von Sanger
als deutscher Kandidat aufgestellt worden; dieser hatte aber schon vor
der Wahl erklärt, daß er die Wahlkreise zugunsten des polnischen
Wahlkreises zu wählen, da dessen landwirthschaftliche Mitarbeit namentlich
in landwirthschaftlichen Fragen für die deutsche Senatsvertretung besonders
wichtig sei. Deutsche Senatoren sind Rittergutsbesitzer Dr. Bül-
le-Capadly (für Polen), Schriftsetzer Dr. Pant (für Ostoberschlesien)
und Eisenmeister Joseph Spickermann (für Sedz).

Von allen Oppositionsparteien haben sich bei den Senatswahlen,
trotz des furchtbaren Terrors, die Deutschen noch am besten behauptet.
Der Rückgang ihrer Senatsmandate ist eben, wie bei den Sejm-
wahlen nicht sehr auf eine Verminderung der abgegebenen deutschen
Stimmen, als auf die Wahlpraktiken und die Methoden der Mandats-
verteilung zurückzuführen.

Der Regierungsblok ist die einzige Partei, die im Vergleich
zu 1928 Mandate gewonnen hat, und zwar 28. Alle anderen Parteien,
auch die Nationaldemokraten, die bei den Sejmabteilungen am
10. November Gewinne zu verzeichnen hatten, haben starke Verluste
erlitten. Sie haben mehr als die Hälfte, die Zentro-
linken mehr als 75, die Ukrainen fast 100, die
Polen und die Christl. Demokraten und die Juden
haben nur je ein Mandat von ihren bisher sechs
Mandaten behaupten können. Die oft ausgesprochene
Hoffnung der Polen, daß die deutschen Abgeordneten ganz aus dem
Senat verschwinden würden, hat sich nicht erfüllt. Die deutsche
Bevölkerung hat sich früher als bisher um ihre bewährten Führer ge-
kämpft; sie hat sich in ihrer Angst, die Unkenntnis und einflusslosen
lassen; sie wird sich aber wie bisher zu ihrem Volkstum bekennen und
ihre Führer werden wie bisher ihre Stimmen in den gesetzgebenden
Körperschaften Polens erheben und, wenn sie dort nicht Erfolg finden,
mit Unterstützung des reichsteuropäischen Mutterlandes den Weg in die
Öffentlichkeit des Auslandes zu finden werden, die, aufgeschreckt durch
die erschütternden Berichte über die Gräueltaten der nationalen Minder-
heiten in Polen, heilighier für die Dinge geworden ist, die sich
hinter den westlichen Grenzpfählen abspielen.

Die Wahlen zum Schlesischen Gebietslandtag.

In Ostoberschlesien fanden neben den Senatswahlen am 23. No-
vember zugleich die Wahlen für den Schlesischen Gebietslandtag
statt. Das Ergebnis stellt sich wie folgt dar (in Klammern die bis-
herige Mandatszahl):

Regierungspartei 19 (10)	193 994
Korstanty 19 (16)	203 021
Deutsche Volksgemeinschaft 7 (15)	72 825
Deutsche Sozialdemokraten 3 (5)	27 369
Polen- und Sozialdemokraten 1 (—)	23 499
Kommunisten 6 (2)	12 595

Auf die Regierungsoffizialen, PDS (Winkel) und die DSP-Partei sind nur wenige Stimmen und keine Mandate entfallen.
Auf die drei Wahlkreise verteilen sich die Stimmen und Mandate der deutschen Wahlgemeinschaft (a) und der deutschen Sozialdemokraten (b) wie folgt:

Wahlkreis Rattomitz a) 32 718 (50 539) = 3, b) 2612 = 0; Wahlkreis Rühnk - Pleß - Vielitz - Gelsen a) nicht zugefallen, b) 23 783 (50 562) = 2; Wahlkreis Königsbütze a) 43 135 (54 363) = 4, b) 2914 = 0.

Es ist also ein fast 100-prozentiger Mandatszuwachs des Regierungsblokts und ein mehr als 50-prozentiger Rückgang der deutschen Wahlgemeinschaft zu verzeichnen. Konstant hat drei Sitze genommen: die deutschen Sozialdemokraten, die bei den Sejm- und Senatswahlen mit den polnischen Sozialisten zusammengefallen, haben zwei von ihren fünf Mandaten eingenommen. Im Vergleich zu den Sejmwahlen am vorletzten Sonntag hat die Deutsche Wahlgemeinschaft durch die Ungültigkeitsklärung ihrer Wahlzettel im Kreis Rühnk-Pleß-Vielitz-Gelsen, wo am 16. November 32 536 deutsche Stimmen abgegeben wurden, und den verschärften Terror über 75 000 Stimmen verloren. Auffallend hoch ist die Zahl der ungültigen Stimmen gewesen. Sie hat bei den Wahlen zum Sejmlichen Parlament rund 59 000 betragen. Die Verluste sind zum Teil auf das Konto der Deutschen Wahlgemeinschaft gegangen, die durch die Verschärfung der Stimmnummern bei Sejm- und Senatswahlen leicht Verwerfungen möglich gewesen sind. Außerdem waren rund 35 000 deutsche Wähler aus den Wahlzettel gestrichen worden. Nur durch solche Maßnahmen läßt sich der enorme Rückgang der deutschen Stimmen innerhalb einer Woche erklären. Mit welchen weiteren Mitteln dieser „Sieg“ über die Deutschen Oberbühnen errungen worden ist, geht aus den folgenden Berichten hervor.

Polnische Vorfälle in Oberbühnen.

Über die Einzelheiten der Auffassungen werden immer neue Einzelheiten bekannt. Besonders die Vorgänge in Hohenbirkeln in der Nacht zum 20. November stellen sich nach dem amnestierten vorliegenden ausführlichen Meldungen als ganz außerordentlich dar. Die Auffassungen, die in einem Ostbau aus auswärts erschienen, haben im Dorfe Hausenung gebaut und nicht nur den Vertrauensmann der Deutschen Wahlgemeinschaft, Krawezewski, sondern auch eine „ohne weiterer Verhörer auf geradezu bedrohliche Weise mißhandelt. Krawezewski selbst ist so zugerichtet worden, daß er am ganzen Körper blutunterlaufen die dick geschwollene Stellen hat. Außerdem er etwa eine Viertelstunde lang mit Knütteln und Stöcken bearbeitet worden war, daß er in der Verwirrung seine Peiniger, ihn zu erschlagen. Als Krawezewski, der Auffassungen, eine Revolver auf Krawezewski anlegte, sprang dieser Schrei, die die Mißhandlungen ihres Vaters mit ansehen mußte, hinzu und bat, den Vater am Leben zu lassen und lieber sie zu töten. Krawezewski sollte dann schwören, daß er am kommenden Sonntag die Liste der Regierungspartei wählen würde. Als er das abgelehnt, begannen die Mißhandlungen von neuem, bis Krawezewski ohnmächtig wurde.

In mehreren Nachbarbüschen mitalten die Auffassungen mit der gleichen völschen Rohheit. Ein Deutscher, namens Mandryk, ist so zugerichtet worden, daß er tagelang nicht sprechen konnte und die Ärzte an seinem Aufkommen zweifeln. Selbst Kinder wurden von den Auffassungen nicht gesont. Bei dem ganz planmäßigen Vorgehen der Aufständischen, die die Häuser abgebrannt. Die beimgekauften Häuser brennen die weitere Zerstörung. Die Polizei, die in der Nähe der überfallenen Häuser untergebracht ist, will weder die Schüsse noch die Schreie der Mißhandelten noch das Rülzen der Senfzweigen gehört haben.

Es ist unmöglich, die Schreckensarten der Auffassungen alle einzeln aufzählen. Die Aufzählung dabei vorgegangen wird, mag zwar ein Vorgang in Oberbühnen, Kreis Rühnk, wegen. Dort wurde ein Vertrauensmann der Deutschen Wahlgemeinschaft nachts aus seiner Wohnung geholt und mit einem Kraftwagen auf die Chaussee hinausgeführt. Hier besah man ihn, auszufragen und sich fünf Schritte vom Kraftwagen entfernt aufzuführen.

Am nächsten Morgen ist ein weiterer erschossen wurde. Nach 15 Minuten wurde der Deutsche sich dem Gesicht nach dem Auto drehen, da man ihn von vorn erschießen wollte. Nach einer weiteren Zeit qualvollen Wartens zwang man den Unglücklichen, sich vor den Kraftwagen zu legen, mit dem die Auffassungen ihn, wie sie angaben, überfahren würden. Schließlich schlepte man den Mann auf das freie Feld und wollte von ihm Angaben über angebliche deutsche Vorgangsgeschehnisse. Der Mann wollte nicht sprechen. Da dieser natürlich nicht in der Lage war, solche Angaben zu machen, wurde die Peiniger ihm Schube und Strümpfe aus und schlugen ihn mit einem Gummiknüppel auf die Fußsohlen. Dann ließ man ihn hilflos liegen.

Am dem Dorfe Solawisch umfassen Auffassungen und Sankta-Änderer die deutsche Minderbeidenzschule, um zu verhindern, daß die Kinder noch Kinder, herauswurde. Wer es wagte, die Schule zu verlassen, wurde mit

Prügeln bedroht. Um 15 Uhr war die Schule noch belagert. Die Kinder, die elf Stunden in dem Gebäude, nach dem sie Hunger und vollständig erschöpft. Die Polizei war nicht zu erreichen. Telefonanrufe aus Solawisch nach Pleß waren ergebnislos. Die deutschen Abgeordneten versuchten, sich an die Sicherheitsabteilung der Wojewodschaft in Pleß zu wenden, doch war kein Beamter zu erreichen. Von 15 Uhr an war auch eine telefonische Verbindung von Rattomitz und Pleß nach Solawisch nicht mehr hergestellt.

Solawisch ist ein rein deutsches Dorf. Die deutschen Bauern hatten nach dem ersten Überfall der Auffassungsgruppen Alarmpläne aufgestellt, um dem unerwarteten zweiten Vorstoß der Banditen, die Verlockung herabgelockt hatten, rechtzeitig entgegenzutreten und eine Wiederholung der brutalen Mißhandlungen verhindern zu können. Als die Auffassungen unter Führung des Polnischen Kommandanten Gonska gegen das Dorf in drei Linien vorrückten, wurde die Sturmglöke geläutet und Alarm geblasen; die Bauern versammelten sich zum Schutz ihres Dorfes; es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Bauern mit Säulen, Knütteln und landwirtschaftlichen Geräten auf die Banditen einschlugen. Der Polizeibeamte, der sich, anstatt für die Sicherheit der Dorfbewohner zu sorgen, an die Spitze der anrückenden Banditen stellte, wurde von den Bauern getötet. Die Polen schrieben nunmehr die Schuld an den Vorgängen dem deutschen Pastor Hartzinger zu, der ihnen als strenger Organisator der deutschen Dorfbewohner seit langem besonders verhasst ist. Präsident Calonder hat den Bericht Hartzingers über die polnischen Überfälle auf Solawisch entgegengenommen. Dem Dorf sind bisher 30 Verletzte erhalten worden, darunter der Küster und der Organist. Ein Teil der Kinder (1) der Rattomitzer Volksschule wurde gespart worden. Am Rattomitz sind von den Auffassungen gestellte Wachen aufgestellt.

Am 22. November nachmittag kam es in Rattomitz zu einem großen deutschfeindlichen Umzug, zu dem sich auf Druck von oben gegen 4000 Beamte der Wojewodschaft, Post und Eisenbahn eingeschlossen hatten. In dem Zug wurde außer Plakaten mit deutschfeindlichen Schriftzügen ein Solange getragen, um dem eine mit einer deutschen Offiziersuniform bekleidete Puppe hing. Daran bestand sich eine Aufschrift des Inhalts, daß alle so gehen müßten, am Sonntag, deutsch, wählen würden. Vor dem Wojewodschaftsgebäude fand eine Kundgebung für den Regierungsblok und gegen das Deutschtum in Oberbühnen statt. Vor dem Rathausgebäude der Rattomitzer Zeitungen wurden mühe Schmährzettel gegen die Deutschen ausgelegt. Am Grabe des unbekannten Soldaten wurden mehrere Ansprachen gehalten, die sich wieder vor allem gegen das Deutschtum richteten. Die einen deutschen Offizier darstellende Puppe wurde schließlich auf dem Marktplatz verbrannt. Der deutsche Generalkonsul hat gegen diese bedrohliche Kundgebung staatlicher und kommunaler Beamten beim Wojewoden protestiert.

Übergriffe Jogar auf deutschem Gebiet.

In der Deutscher Ecke kamen bei der Industriegemeinde Dobreck-Karl polnische Auffassungen über die Grenze und zwangen die Frau eines Kaufmanns unter Drohungen, aus den Schuhen den des Geschäftes die Wälder herauszunehmen, die über die völschen Grenzorten der Auffassungen in Schenkbüchen ausgehört waren. Der Vorgang spielte sich auf reichsdeutschem Gebiet ab. (1)

Calonder wird von den Polen verhöhnt.

Die unerhörten Vorgänge während der Wahlzettel in Oberbühnen haben den Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, zum Eingreifen veranlaßt. Calonder befindet sich als Bevollmächtigter des Volksbundes in einer wenig glücklichen Lage, da der Volksbund selbst trotz aller Vorstellungen ihm die Maßbühnenflüsse vorenthalte, deren er zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Die zurückhaltende Sachlichkeit und der mehrschonende Charakter des Calonder sind schon mehrmals unter dem Vorwand bedroht ist, daß der polnische Calonder nicht gewöhnt. Der Vertreter des Volksbundes ist in Oberbühnen ein machtvoller Mann. Calonder ist in Begleitung des polnischen Mitgliedes der Gemischten Kommission, Morawski, der Sekretäre Suer und Dnak sowie des Leiters der Sicherheitsabteilung der Wojewodschaft, Jdikomski, des Starosten von Rühnk, Wyglenda, sowie des Kommandanten der polnischen Gendarmerie nach Oberbühnen gefahren, um den Lator der Ausschreitungen gegen die Deutschen zu beschönigen. Vom Deutschen Volksbund waren der Vorsitzende, Prinz von Pleß, und der Geschäftsführer Ullrich sowie der Abgeordnete Jankowski mitgefahren. Der Eindruck, den die Kommission in den einzelnen betroffenen Büschen sowie bei den mißhandelten Deutschen erhielt, war erschütternd. Die Deutschen haben offenbar von den öffentlichen Schulden nicht erfahren, daß sie trotz allem an ihrem Deutschtum festhalten wollen und daß sie völlig hilflos fühlen, weil die Polizei mit den Auffassungen gemeinsame Sache mache und sie zu schützen nicht gewillt sei. Sie erklärten ausdrücklich, daß sie kein Vertrauen zur Polizei hätten.

Der Deutsche Volksbund überreichte Calonder eine Beschwerdechrift wegen der gegen die deutsche Minderbeidenz völschen Wahlereakte. Der Präsident verlor eine gründliche Prüfung der Beschwerde. Auf Erlaß des Deutschen Volksbundes

hat er beim Wojennoden Graunjak wegen des Slagablates, durch das J. 3, zur antideutschen Wunde aufgewacht wurde, intronisiert. Graunjak hat dem Präsidenten erklärt, daß die Slagablat sich nicht gegen die Gesamtheit der deutschen Minderheiten richten, sondern lediglich gegen eine ihrer politischen Parteien. (1) Wenn es in einzelnen (1) Fällen zu Ausschreitungen gekommen sei, so liege das an der großen Aufregtheit der Gemüter, „weil die polnische Arbeiterklasse fast täglich von Überfällen auf Polen von deutscher Seite in der Dresse lese.“ (1) Die Sicherheitsbehörden „duldeten die Gewaltakte nicht.“ (1) Die Sicherheitsbehörden hätten eine Anzahl von Slagablaten-Verfügungen erlassen, deren Absichten den Wojennoden Schanden überlassen wurden. — Das ist angefügt der wirklichen Vorgänge offenbar Hobal

Englische Stimmen zu den Wahlen in Polen.

Die Londoner Zeitung „Manchester Guardian“ veröffentlicht unter der Überschrift „Wahltag durch Betrug“ Telegramme ihrer Sonderberichterstatterin in Warschau und Kattowitz über die polnischen Sejmwahlen vom 16. November. In einem Vorwort bemerkt das Blatt, nachdem es die inneren Verhältnisse Polens besprochen hat, Polen habe heute darunter zu leiden, daß seine Grenzen zu weit sind. Der Warschauer Korrespondent des Blattes schreibt u. a.: Der Wohlstand der polnischen Diktator sei der Triumph der Gewalt und des Betruges. Die Wahlergebnisse hängen in keinem Verhältnis zu der wirklichen Stimmung in Polen. Pilsudskis Sieg löse weder die lokalen noch die nationalen Fragen Polens. Die Zukunft Polens sei völlig dunkel. Die Grundlagen eines gesunden sozialen und nationalen Lebens seien zerstört und es gebe keine objektive Beobachter der polnischen Angelegenheiten, die jetzt davon

überzeugt sind, daß das Land zu revolutionärer Umgestaltung fähig sei. Ebenso urteilt der Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ in Kattowitz; er nimmt auf den selbstbetitelt „Alpdruck der Graunjak und Unterdrückung in der Ukraine“ Bezug und berichtet: Auch in Oberschlesien wie überall in Polen habe die Diktatur Gewalt und Betrug angewandt in ihrem Versuch, die Wahlen zu gewinnen. Und Diktate mit der Regierungsmacht waren zu sehen. Viele Gewalttaten wurden verübt. Dadurch, daß in manchen Wahlbüros keine Wahlen stattfanden, wurden Wahlen in anderen durch den Druck, die in der Wahl leben, ihrer Stimmfähigkeit beraubt. In den Wahlbüros war nichts vorhanden, um die Geheimhaltung der Wahlen zu gewährleisten.

Anfrage über den polnischen Wahlterror im Unterhaus.

Ein Mitglied der Arbeiterpartei fragte im englischen Unterhaus, ob die Regierung als Mitunterzeichner der Minderheitenverträge der Behandlung der ukrainischen Minderheiten in Polen bereits ihre Aufmerksamkeit geschenkt habe. Ukrainische Bauern seien von Soldaten mißhandelt worden, wobei mehrere ums Leben gekommen seien, Sölden der Konsumvereine geplündert und wertvolle Bücher in Asche gelegt worden. Der Abgeordnete fragte die Regierung, ob sie beschließt, die Angelegenheit dem Völkerbund zu unterbreiten. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dalton, sagte, die Regierung liege auf die Beschwerden bereits aufmerksam geworden, und der britische Botschafter in Warschau sei ersucht worden, einen Bericht darüber zu liefern.

Der Kampf gegen die Diktate.

Curtius antwortet Briand und Cardieu.

Nach Abschluß der Beratungen des Reichsrates über die neuen Steuererfolge am 21. November nahm Reichsstaatsminister Dr. Curtius das Wort, um auf die Reden Briands und Cardieu zu antworten. Angesichts der Youngpläne könne niemand missen, ob die vom Reichsrat genehmigten Steuermaßnahmen zur Ordnung des Haushaltes ausreichen werden, bzw. wenn ein Verfalland gewonnen sein werde, die in den Verträgen zum Schutze seiner Wirtschaft und Währung vorgesehenen Schritte zu unternehmen. Es sei völlig abgelehnt, darin, daß die Youngpläne sich gegen die „Wahrung der Wirtschaft“ und „Finanzpläne“ der Frage verweigern habe, ob sie nicht auch zu den notwendigen Mitteln greifen müßten, ein Infragestellen der deutschen Unterdrückung zu setzen. Wir werden den Reuen Plan nicht zugehen, den Vertragsboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Planes gegeben. Seit der Pariser Konferenz hat sich die Situation in der Weltwirtschaftslage und in besonders der deutschen Verhältnisse eingetrübt. Bei dem Ernst und der Tragweite eines Einflusses der Regierung, von den Vertragsrechten des Reuen Planes Gebrauch zu machen, ist es selbstverständlich, daß die Reichsregierung nur nach sorgfältiger Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren handeln wird. Sie ist aber davon durchdrungen, daß für die Verantwortung hierfür trägt, daß das deutsche Volk durch unvertretbare Kosten nicht seiner sozialen und sittlichen Grundlage beraubt wird.

Dann wandte sich Dr. Curtius den außenpolitischen Zielen der Reichsregierung zu und bezeichnete als das Ziel der Regierung die Erreichung der nationalen Freiheit wieder moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem europäischen Festlande und die Wahrung der Politik der Abenteurer. Was wir erstreben, ist eine weitestgehende Zusammenarbeit zur Befestigung der Kriegserlösen, zur Behebung der Wirtschaftskrise, zur Ermöglichung des Ausmaßes der gewaltigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung. Wir halten aber eine mutigere Form im Geiste der Selbstbehauptung für notwendig, die die Grundzüge der politischen Gleichberechtigung der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung bringt.

Dr. Curtius ging hieauf auf die letzte Erklärung Cardieus ein: Deutschland habe in der Abrüstungsfrage folgerichtig und beharrlich die gleiche Linie eingehalten, während anscheinend die französische Regierung beabsichtigt, eine völlige Kursänderung vorzunehmen. Sie verleiht, so erklärte Dr. Curtius, damit dem Boden, der seit Jahren die Verhandlungen der Abrüstungsverhandlungen gerufen ist. Wie soll ich es anders ansehen, wenn von so maßgebender französischer Seite gesagt wird, daß von einem völkerrechtlichen Rechte Deutschlands auf eine allgemeine Abrüstung nicht die Rede sein könne, daß vielmehr der den Belgiern auferlegten Verpflichtung nur ein spontaner Wunsch der Sieger gegenüberstehe? Im Verfall der Vertrag steht deutlich, daß der Zweck der deutschen Entlassung in die Abrüstungsverhandlungen auf eine allgemeine Abrüstung ist. Ich kann mir nicht denken, daß der französische Ministerpräsident jetzt, wo das Abrüstungsproblem zur ewigen Entscheidung drängt, eine These durchsetzen will, die die Grundlage aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre berühren würde. Es handelt sich

hierbei ja nicht allein um eine rechtmäßige Forderung Deutschlands, sondern um eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes, dessen Bestand gefährdet würde, wenn er sich außerstande erweisen würde, das Abrüstungsproblem zu lösen. Nicht einmal in der Zeit absoluter militärischer Gewalt hat die Welt der Sieger geliebt, bei der eine Ermäßigung Deutschlands dauernd eine einseitige Auflage bleiben sollte. Heute würden solche Forderungen: unabsehbare Folgen haben. Sie würden alle Friedenssicherungen auf das Schwerkste gefährden.

Nachdem Curtius die Behauptung Cardieus, Deutschland liege nicht ausreichend entlastet, im einzelnen widerlegt hatte, wies er darauf hin, daß Deutschland die Durchführung der Abrüstung verlangen müßte. Wir werden an internationaler Arbeit, die zu einer Ermäßigung der Abrüstung führt, nicht zurückbleiben. Die Arbeiten der jetzt in Genf tagenden Kommission werden nichts anderes, als ein schnelles Ende. Wir fordern die baldige Einberufung der Abrüstungskommission selbst. Wenn der französische Außenminister für Frankreich ein Naturrecht in Anspruch nimmt, die Vorkommnisse zu sichern und zum Schutz gegen jeden Angriff alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, so muß das einflußreiche und von massenhaften Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Gewiß ist die These des französischen Ministerpräsidenten richtig, daß der Verfall der Vertrag die ungeheuren Verluste des Krieges nicht verursacht hat, der Vertrag aber ganz gewiß schlechte Mittel gewählt, um sie zu beseitigen. Er hat dadurch die Kriegsschäden erhöht und ihre Abwicklung zu verlangsamen, vorhandene Gegenstände vertiert, die Unterte in Europa raslos gemacht. Ich es nicht leicht langem für die ganze Welt eine notorische Tatsache, daß es das deutsche Volk nicht für möglich hält, sich mit dem gegenwärtigen Stande der Dinge, insbesondere im Osten einfach abzufinden? Cardieu greift selb, wenn er meint, daß die Diskussion der Abrüstung nicht vor dem Krieg angeht, worden. Er beugt aber darüber hinaus als Staatsmann einen schmerzlichen Fehler, wenn er die Diktate vertritt, schon das Aufwerfen gewisser Fragen sei gleichbedeutend mit Krieg. Wäre das richtig, dann wäre jede Hoffnung auf eine geordnete Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern Europas verloren.

Was wir erstreben, wird uns diktiert von den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, Lebensnotwendigkeiten, die mit denen keines anderen Volkes unvereinbar sind. Der Artikel 19 gilt so, wie er im Völkerbundsstatut steht, nämlich um die Regelung von 1919 fortsetzend der Veränderung der Verhältnisse anzupassen: Wenn Cardieu von der Notwendigkeit der Einmütigkeit bei einer einzigen Annahme des Artikels 19 gesprochen hat, so befreit sich das nicht nur in rechtlicher Beziehung, sondern ich behaupte vor allem, daß der Anspruch auf, es solle er im voraus das Veto Frankreichs ankündigen. Erweitert Artikel 19 kommt es übrigens gar nicht einmal in erster Linie an. Entscheidend ist allein die Einigkeit der Regierungen. Selbst wenn der Artikel 19 oder andere Bestimmungen gar nicht bestanden, bleibt es dabei, daß nicht feste Verträge, sondern der Geist der Verträge die Zukunft bestimmen müssen. Es ist Aufgabe der Staatskunst, geforderte Sparsamkeit rechtzeitig auszusprechen und Raum für die Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostermärkische deutsche Frauen.
Mitteilungsblatt des Frauenvereins des Deutschen Ostbundes
und der Arbeitergemeinschaft ostdeutscher Frauen.
(Erscheint in unregelmäßiger Folge).

1930

7. Folge



Herbstdämmerung.

Der milde Wein verblüht milde vom Fenster;
Des Abendrots Saum
Verblüht wie ein süßer verschmiegener Traum.
Die herbstlichen Weiden verdämmern in Schmerzhaft;
Man sieht sie noch kaum,
Der Duft nur durchdringt den dunkelnden Raum.
Du magst deine Arme ganz fest um mich legen,
Dag nicht mich ein heimlich-leuchtender Wind
Wie ein weiches Blatt die vom Herze nimmt. —

Freude.

Gertrud Waldfisch.
Von Frida Busch.

„Ihr Leben ist schwer“, sagt man zu der Frau mit den großen, dunklen Augen.

„Ja, es ist schwer, aber ich trage es“, antwortet sie und denkt an die Stunden der Freude.

Einmal — da war's ein Gang an der Sammelkühle von Rauschen nach Warniken. An einem kalten Oktobersonnentag. Die Schluchten zum Strande waren in herbstlicher Schönheit wie ein goldenes Tor. Hinter dem goldenen Tor war die unendliche Bläue des Meeres und wolbte sich der blaue Himmelsoberdach darüber. Ciel, volle Farben- und Gold, und die Melodie rauschten die Wogen.

Die raunen, rauschen, brausen, werden still, erodieren atmend neu. Einig unermüdet niederbrechende Wogen. Das alte, uralte Lied der See. Vor tausend Jahren tönte es wie heute. In dieser Einsamkeit spricht Gott.

Steinblöcke liegen am Strande wie graue, schwere Tiere. Baum- und Büschel, moos, ohne Wind, gebräutete Gebirge der lange Etern. Gegenlichtliche Lieren der Urmwelt. Spielend umspülen die Wellen die Steine.

Enger, feiner wird der Strand. Bahnen müssen überklettert werden. Draufener branden die Wogen, es ist kein Spiel mehr um die Steine. Gegendend streckt auch mit das Meer seine Arme entgegen. Drohend überhängen mit Klippen. Sturmerbrochene Bäume daneben. Quabell mit das ewige Rauschen. Angst packt mich, Braune. Ewig Einsamkeit ist groß und kalt wie Mensch. Und doch ist lebendes Grauen heiligste Ehrfurcht vor Gott.

Ehrfurcht ist Freude.

Und dann war's eine Liebe. Oder war's die Sommernacht? Wir gingen langsam zu zweit und suchten: aufser Finden muß unser Abfind sein. Es war am stillen, weiten Schwenkpaß. Wir sprachen nicht von Liebe in dieser schmerzhaft klügeligen Stunde. Weinen und Jauchzen verflochten wir tief.

Der See leuchtete von den Abendrotbren der Sonne, die er trank. Ziehend fanden dunkel um ein Weib. Der stille Baldmord schen seinen Frieden über die Welt. Heulendchen rierten. Ganz fern quartete ein spater Entwegnen, dann war auch dieser Tageslaut verklungen. Die Fischen waren Wächter der schlafenden Wäse. Inbrünstiger geigten die Heulendchen ihr nächtliches Lied.

Wir aber schritten zurück in den Alltag. Und suchten um Liebe.

Liebe ist Freude.

Sturm in Mäuren! Er müht in den Bäumen, er hault um die Berge. Der Mauersee verblüht seine moligen Ufer in graue Schleier der Schmerzmut. Die Wellen des Schwenkpaßes schlagen klagend ans Ufer. Sie tragen meinen Scham auf schwebenden Wellen. Ich manbre zur Rechten weiser. Ist sie eine polische Boza meka, malarisch: hosa meka — Leiden Gottes? Ist sie ein Gedächtnis der ewigen Nacht des Gebetes, der von jenen vierundzwanzig Jahren die freigeigen Waller das Mauerlees sich ergaben und nicht? Oder haben hier einst unglücklich Liebende den Tod gefunden? Immer, wenn die Mauer verflucht, hört man in den Eisten ein Jagen, Stöhnen und Wimmern. Gellend lacht's, herzerbrochend weint und klagt es um die Mauer. Dann bessern die Verbrenner von Rehen sie wieder aus. Alte Bäume umstehen die Säule. Birken, Kuretraum und Leberhardt, daß sie nicht Verblüht mehr können. Und eine alte, blühdrastige Doppel. Wie im Waldhain rekt sie einen nackten Arm freizien zum Himmel empot. Ihre Wälder flüßten, immerfort, immerfort. Wolken rufen am Himmel.

Ich holte mein Antlitz Sturm und Regen entgegen. Und meine Seele fand ein Vie.

Sturm um meinen Bahnen weiten willt da mich. Komm! Folge mich, packe mich! Unabänder, paus mich! Wild flattert mein Mantel. Mein Haar trofft vor Raus. Ich treffe ein altes Weiblein, das bekümmert sich vor meiner Kraft.

Vade mein Herz, du starkes, mildest! Vadel Aufrecht und fest! Ichreid ich meinen Weg — den einsamen. Komm, tobe machvoll du Sturm, du — Schicksal! — Sturm ist Freude.

Verlorene Heimat.

Von Ella von Krain.

Nacht leucht ihre Flügel über Flur und Wald und Feld. Mondschein liegt auf weiten Rosenjähnen, Ställen und Scheunen. Die große weiße Scheune, die den Hof einschließt, ist bestrahlt von seinem Licht. Weiß ist die Scheune, schwarze Balken ziehen sich in Rotos durch das Schwere. Sohe Poppein steht hinter der Scheune gepflanzt, deren Silberblätter stets milchern und immer neues zu erziehen haben, sind still. Sie wollen den Feinden der Natur nicht hören.

Von Zeit zu Zeit klirren Rubketten oder ein kurzes Mäh rauscht das Rob zu seiner Mutter. Begehrliches Rausen des Seues und Schnaufen der Pferde, die die Ruhe der Nacht nutzen, ist vernembar. Schöbaken an Trennung von diesem Frieden, die kommen muß durch Polens Nacht, haben mich gefangen.

Sort von hier, wird die Seele nach der Heimat schreien. Verflucht wird sie ein ungelöstes Leid tragen, oft, zu oft in der alten Heimat weilen. In der geliebten Heimat, durch deren Lande die Melancholie zieht. Es ist ein eigenartiges Land, das Polener Land. Menschen, die es lange kennen, werden es verhasen.

Es gibt keine Felder ohne tiefe Gräben, die Erlensreihen schmücken. Weiße Wälder mit stillen verflachten Seen ziehen sich durch das Land. Die Wälder haben Unterholz, sind voll von freundlich wachsenden Jacten, im Herbst ist ein lila Halberstern geblüht. Alle Wälder haben ihre Wohnungen in des Waldes Schöb.

Die Seen sind von Gott in den Wald gelegt, der Wald spiegelt sich darin. Nicht am Ufer haben sich Wälder gefunden, sie liegen ihre leichten Köpfe, leben ihr erles Frühlingsgrün im stillen Waller. Rohrdend, Eichen und Laubner haben ihre Heimat am See Ufern des Sees, schimmern in Sommertagen zwischen weiß blühenden Wallerrosen. Bei drohender Gefahr, durch Menschen oder fliehende Raubgebrat, flüchten die Wälder in den breiten Rohrdend, der seine Holme schüßend über ihnen schließt. So liegen die Seen des Ojens in den tiefen Wäldern.

Schöbener Ernst geben der Heimat Windmühlen, deren Flügel nie mehrende Kräfte sich gegen den tödlich gefühlten Windmühl abheben. Sie zeigen der Seele den guten Hirt, der sein Kruz nahm und Golaicha trug. Die Last drückte schwer, Gott gab die Kraft, sie zu tragen. Hoffnung, daß der rechte Geist aus uns Kraft zum Tragen der auferlegten Last kommt, gibt der Sonnenuntergang des Ojens.

Purpurn glühen Walhalla Zinnen, in denen gefallene Helden und von Gott gefasene Getreue, des jünger Tages wartend, weilen.

Eine breite glühende Treppe führt zu der Stadt der goldenen Gassen, die betreten wird von denen, die getreu waren bis in den Tod, und denen Gott nach seiner Verbeugung die Krone des ewigen Lebens gibt. Sie ruhen wartend und erwartend von ihrer Arbeit, und ihre Werke folgen ihnen nach. Dies Wissen gibt der Sonnenuntergang des Ojens.

Man denke der Heimat dadurch, daß sie unergessen bleibt.

Schuldut büßt mich ein in Träume,
Meine Seele weilt nicht hier,
Sie entflieht in Heimatträume,
„Polener Land, ich mein“ nach dir.

An der niederschlesischen Grenze.

Von Dr. Marie Luise Droop. (Schluß.)

Da ist, mehr im Innern des Kreises, nur zwei Böhmenorten von Reumittelwäse entfernt, die Stadt der Möbelschiler, Drechsler und Holzbildhauer: Zelteneberg. Die herrlichen Möbel, die hier entstehen, mo jedes Kind schon mit dem Blick für Malereien und Zägenwirkung geboren wird, füllen die Werkstätten bis in den letzten Winkel. Schöner, edler, edelster wird der Blick. Die feinen Singer der Drechsler und Holzbildhauer oder liegen müde im Schöb. Denn die Mode der „neuen Schöbheit“, dem kunst- und gestaltungsarmen Amerika entlehnt und wie alles Unendliche lächerlich übertrieben, hat ihr Handwerk ins Rütts und sie selbst auf die Straße getrieben. Was Schicksal dieser Stadt muß zur Tragödie werden, wenn nicht durch Schaffung neuer Wohnungen in alten Städten der Grenzkrise der der Möbel- und Holzindustrie wird.

Von der Müllersberg Grenze her sendet Treiben, einst eine blühende Gemeinde, seine Silberne nach Breslau und nach Berlin. Es braucht 100000 Mark für den dringenden notwendigen Ausbau seiner Volksschule, es braucht Pfälster für seine unersättlicher gewordenen Schulen. Es muß das Postamt behalten, das eine für alle Postfreie taube Zehörde ihm zu nehmen droht.

Weihnachtsbücher der Kultur-Abteilung.

Im Vorjahre boten wir unsern Ortsgruppen und Lesern den Roman aus ökonomischer Notzeit „Das Jahr der Heimat“ als Weihnachtsgabe an und konnten trotz der gewöhnlichen Ermäßigung die überschüssige Höhe von etwa 250 Mk. für unser „Haus Offland“ zur Verfügung stellen. In diesem Jahr können wir anher dem „Jahr der Heimat“, das wir wiederum zum Vorjahresspreis von 3 Mk. (statt 4 Mk.) abzugeben in der Lage sind, zwei weitere Bücher anbieten.

„Spuren des Lichts“ ist der Titel eines neuen Gedichtbuchs von Frau Fäddke. Nachdem der Verfasser seit 1921 kein Lyrikbuch mehr veröffentlicht hatte, bringt er hier Schöpfungen aus dem letzten Jahrzehnt, in denen die ganze Schwere dieser Zeit zum Ausdruck kommt. Neben zahlreichen Stoffschilleredern finden wir viele, die landschaftlich und stimmungsgemäß an die entristene Heimat gemahnen. Auch das Weisfeldel, Ostmärcker Vahem und andere, auch bisher ungedruckte Gedichte sind in dem kleinen Bande enthalten, den wir zu 2,40 Mk (statt 2,70 Mk) abgeben können.

„Umstrittene Erde“ heißt der soeben erschienene Roman unseres Mitarbeiters Harrybert Menzel, aus dem wir bereits

einige Kapitel zum Abdruck brachten. In einer zum Anfang bis zum Ende spannenden Handlung wird der Kampf um unsere Ostmark 1918/19, zum Teil unter Kennung der wirklichen Namen und Geschicke, dargestellt. Die Kämpfe um Tirfischlag, der Verrat Reutemithels, das Vlatbad von Comath, die Vorgänge im Polenzkermerum und in Sygypjorno werden in oft atemberaubender Erzählung uns in die Erinnerung zurückgeführt. Jeder Ostmärker, aber auch jeder Nichtostmärker sollte das Buch, eines der besten aus unserm Ostschrittm, lesen. Um Selbstenbuck können wir es unsern Mitgliebern zu 5 K (Statt 6 K) abgeben.

„Das Jahr in der Heimat“, „Umstrittene Erde“ und „Spuren des Nichts“ sind sämtlich im Verlag Heinrich Wilhelm Hendeloch, Charlottenburg, erschienen. Außerdem sind wir wiederum in der Lage, von jedem dieser aus bezogenen Stück die Überschlüsse für einen ostmärkisch-kulturellen Zweck zur Verfügung zu stellen; je sollen diesmal der Kulturarbeit in der alten Heimat jagante kommen.

Vestellungen werden erbeten an die Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes, Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43.

Eine der schön in schieflichen Großstädte ist jeneselbe Subura. Un-
 abbefbare Wälder, wahre Buchendome umraufen sie. Die Wucht des
 Gotik (henkte ihr, hügelaufragend, eine gemauerte Feste des Glaubens,
 die das ganze Stadtbild beherrscht. Unter diesem Laubdach träumt
 eine alte Wallfahrtskirche, deren flüchtige und malerische Aus-
 schmückung von ersterer Kältekeit ist. Eine vorbildliche Turn- und
 Seilbahn stellt dem Gemeinsein der Bürger ein schönes Feuerspiel
 dar. Hier oben, wo der Wind so sehr bratt mit dem alten überhöhten
 durchsticht liegt, heute nun unangst im Reform-Realgymnasium eine
 herrliche Schule. Es fehlt der Raum, alle Vorzüge dieses freien, edlen
 bis in alle Winkel von Licht durchströmten Bauwerks aufzuzählen.
 Beim Durchschreiten seiner im porten Silberglanz schimmernden Ull-
 der hellen weiten brunnengeschmückten Gänge, seiner luftigen, mit allen
 erdenklichen Verzehmungen ausgestatteten Kassen kam mir die Idee, es
 nicht das auch im Sinne einer Verbrüderung von Ost und West wäre,
 wenn recht viele Eltern aus den gefährdeten Großstädten, den wach-
 überlagerten, industrierten Mitteln und Westseefährten ihre Schö-
 nen, die in der Natur der Dinge, in der Natur der Dinge, in der Natur
 schickten. Sowohl den Großstadtkindern wie auch dem Osten wäre damit
 gebiend. Und sollte je das Subura Realgymnasium überflüssig sein, so
 bietet das landschaftlich ebenso schön gelegene neue Gymnasium in
 Mülhisch ausreichend Platz.

Schulen finden ihr Träger im besten und höchsten Sinne. Man kann sie daher nicht der einen Grenzlinie stellen, der anderen entgegen. Ramlau, die alte Ordensstadt, deren Katharismus wie ein Siegesmal des Deutlichums blühsam steht, hat kein Gebäude für eine höhere Schule. In einem verkommenen Marienhaus, das Jäger und Krieger beherbergt, untergebracht, ist die einzige höhere Schule. Kinder bedenklich ungenügend. Sie haben nicht Licht, nicht Luft, nicht Wärme, keine Turnhalle, kein modernes Physikzimmer. Die unzureichende Schmittellungslänge ist im Konferenzzimmer untergebracht. Haben die Schüler und Schülerinnen in Obersekundare, so bietet für die unteren Klassen. Die Eltern sind sehr wohlwollend, aber die besten geistlichen Eltern können ihren Kindern in Oels oder in Breslau eine abgeschlossene Schulbildung gewähren. Nicht minder bezeugt im Raum ist die evangelische Volksschule. Mit den Schulbetreibern und insofern nicht alle berechtigten Wünsche der Stadt erfüllt. Mit hochtrabender Amtssprache.

Auch die Armen sind geschädigt. Der bedrängten schließlichen Städtchen, in dessen Wappen sich eine Hand mit um Hilfe rufender emporreckt, lebt das Amtsgesicht zur Miete bei der Stadt und zahlt für das von ihm benutzte Gebäude jährlich 180 Mark. Die Stadt, die nicht einmal die Mittel hat, die Ausweiser ihres Rathauses, eines kleinen dreigeschossigen Rundhauses von eigenartiger Schönheit, zu vollenden, muß auch die Kosten für den Bau des neuen Gerichtsgebäudes auf den Zufußlauf des Gerichts. Man sollte doch glauben, daß jede Stadt in Preußen ein Volkstum hat. In Posenwitz will man das Volkstum einer Agentur umwandeln. Wird ein Posenwitzer krank und da wäre bei der Beschaffenheit des „Erkrankens“ kein Wunder — und dann ist es ein Posenwitzer, der in die Provinzial-Heilanstalt für Geisteskränke häufig jurekriert. Auch berührt es im Jahr der Hygienekommision immerhin selbst, daß das Krankenhaus nur eine Bademannschaft hat. Tragt man nach den Schulerbeitnissen, so begreift man hier wie überall in den Grenzkreisen nur geringenwilligen Gehältern. Es ist nicht anders, wenn man die Schulen besucht, die in der Provinz liegen, in unzulänglichen Räumen. Und find die Schulien in der Zeit gemäßigter konfessioneller Meinungen im Verhältnis zur Teilnahmefähigkeit die so hoch, und alle schließlichen Altkreise, insbesondere aber der notleidende unter ihnen, Groß-Wartenberg, ermaßen, daß die Reichshilfe durch andere Mittel eingreifen wird. Und diese Erwartung ist nicht so berechtigt, als sie scheint. Denn die Arbeiterbewegung der deutschen Sozialkräfte fehlt.

An Bedeutung der Schulhilfe gleich ist der Bau von Turnhallen oder die Vervollendung der im Bau befindlichen (Prausnitz, Trachenberg, Groß-Wartenberg) sowie die Durchführung der städtischen Kanalisation und Wasserzuführung. Besonders Trachenberg klagt bitter darüber, daß ganze Viertel ohne Gas, ohne Wasser, ohne Kanalisation sind und

eine gesundheitliche Gefahr für die ganze Stadt bildet

Ob will von den Gemeinden der Grenzkeize nicht scheiden, ohne eines Orts Erhebung zu tun, der in seiner Art einzig dastet, ein Wunderwerk der Tadeltheile: das Deutsche Samariter-Oberstift in Kralnauh. Im Jahre 1860 von einem edlen Menschenkenne, dem Grafen von der Zedde von Zeimelstein, als Stiefmutter des Reichthums betrachtet, hat es sich in der That als ein solches bewiesen. Bewunderungswürdig ist, was hier frommer Glaube mit Erhalten und Stein für Stein zusammengetragen hat. Schloß, Park und Wirtschaftsgelände, alles wurde den Pfleßigen, „unsern Kindern“, wie man sie lieblich nennt, gepflanz. Über bündelstehenden das geräumig-lonige Mutterhaus, ein Diakonissenhaus, ein Kinder-, ein Seelenbrennen, ein Verordnungsgebäude, Pfarrhaus und Wohnung für die Pfleßigen, ein Schulhaus, eine Kaserne, eine städtische Hofburg, alles, was über das hinausgeht, daß die an Kralnauh übernehmende Pfleßigen für sorgfältig Betreuung hier mit wenigem kosten, als die Provinz für sie in eigenen Anstalten aufbringen müßte.

Der sehnlichste Wunsch des Stifts ist eine Kirche. Der Beersaal wird dringend für Krankenwerke gebraucht. Geld war schon beisammen, ging aber durch die Inflation verloren. Wenn unsere Zeit auch nur den hundertsten Teil der Opferwilligkeit besäße, die den Stifter besaß, wahrlich, noch in diesem ihrem Jubiläumsjahr dürfte die hochverdiente Anstalt den Grundstein zu ihrem Gotteshaus legen.

Unsere Wanderausstellung in Berlin.

Am 22. und 23. November, dem Sonntag, den 16. bis 17. Sonntag, den 23. November, veranstaltete der Ortsausschuß für Jugendpflege im Bezirk Berlin-Mitte eine Ausstellung der ihm angehörenden Verbände und Organisationen. Der Preussische Ostbund war mit einer Ausstellungskoje vertreten, die Herr Dr. Chieltz von der Kultur-Abteilung zusammengepflegt hatte. Da diese Ausstellung vor allem für die Kreise der Jugendungung bestimmt war, so wurde der Ostbund besonders reichlich vertreten. Aus dem demnächstigen Ostgebiet und abgetrennten Ostland, sowie etwa 20 besonders ausgezeichnete Werke deutscher Literatur. Der Ausstellungsbestand erstreckte sich bei dem Bestehen der Ausstellung einer äußerst regen Beachtung.

Am Mittwoch, den 19. November, war uns im Rahmen dieser Ausstellung ein besonderer Vortragabend eingeräumt worden. Der Herr Vorsitzende des Ortsgruppen Berlin - Nord, Herr Ernst Schulz, dankte dem Sullanbureau der Offiziersbeihilge an der Universität Berlin, dem Vorstand der Offiziersbeihilge an der Universität Jena und dem Vorstand der Offiziersbeihilge an der Universität Göttingen für die freundliche Aufnahme und die kürzliche Ansprache an. Er begrüßte die ihm überföhrten Saalbesitzerinnen der Ausstellungsbefehrer und gab ihnen überblick über die Zwecke und Ziele des Offiziums und seiner Jugendbewegung. Er sprach dann über die Bedeutung der Offiziersbeihilge für die geistigen Kampf um Wiedergewinnung hin. Daran schloß nicht nur die vertieften Offiziers und deren Jugend, sondern allgemein das ganze deutsche Volk teilnehmen. Er sprach den Dank an die Stadt Berlin und an das Bezirksamt dafür aus, daß dem Offizium die nötigen geistigen und materiellen Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Er dankte dem Sullanbureau für die Unterstützung der Ausstellung und für die Bereitstellung der Ausstellung.

Danach hielt Herr Dr. Ehlers einen Lichtbildervortrag über Land und Leute in Ost- und Westafrika. Er zeigte uns etwa 1000 Bilder, die einige dem Obstand nachstehende Photographen für diesen Zweck freudigst zur Verfügung gestellt hatten. Zu dem Vortrag gelang eine Gruppe der Kolonialpflanzler eine Reihe etymologischer Vieder. Mit diesen Pfadfindern war die Kultur-Abteilung besonders anlässlich der großen Grenzlandfahrt, die die Pfadfinder im Herbst durchgeführt hatten, in Verbindung getreten.

Die Ausstellung, die in verschiedenen Berliner Tageszeitungen besprechend gewürdigt wurde, und von der namentlich die Reize des Deutschen Öffentlichen Ernährungs fand, wurde am Sonntag, dem 23. November, abends 10 Uhr, mit einer delonatoren Rundgebung für die Strei- ter der Jugend geschlossen. Eine Entschuldig für die Belange der Jugend wurde einstimmig angenommen. Chorergang und Schlusssprüche des Leiters des Ortsausschusses Berlin-Mitte, die der Jugendpolitik gewidmet waren und so schöne Ausstellungen für die Zukunft weiter empfehlen, bildeten den Abklus.



Scherenschnitt von Johanna Beckmann.

Von ostdeutschen Frauen.

Totenfeier.

Herbststürme! Totenfeier!
Manches Aug' im Tränenflor!
Und durch düst're Herbstfeier,
Ach, die Sterne matt hervor.

Doch es sind dieselben Sterne,
Die ich in der Heimat sah.
Nicht mir auch die Heimat ferne,
Ach, die Sterne funkeln ja!

Grüßt mir, lichte Himmelsboten,
Leure Gräber, die so weit!
Grüßt mir die geliebten Toten
In des Friedhofs Einsamkeit!

Keine Blumenkränze tragen,
Keine Kränze fällt herab!
Totenfeier, dein Segnisdank,
Halt nicht bis zum fernem Grab!

O wie gern müßt' ich vertrauen
Dieser Gegend lipp'ge Pracht
Gegen jenes leise Rauschen
In der Heimat Sternennacht!

Unter jenen Friedhofsbäumen,
Sanft umrauscht vom Abendwind,
Müht' von Deutschlands Größe träumen,
Heimat, dein verstoß'nes Kind.

Frau Albertina Hoffmann
(Königsberg i. Pr., früher Mogilno.)

Der Dank des „Hanneken“.

Anlaßlich der Ernennung Johanna Wolffs zur Ehrenbürgerin Eilsits am 24. Juni d. J. dankten wir in Nr. 31 des „Ostland“ einen längeren Beitrag über den Besuch der Dichterin in ihrer Vaterstadt. Nachstehend bringen wir das Dankschreiben, das Johanna Wolff aus dem Oberbürgermeister der Stadt gelobt hat, zum Abdruck:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Salgel

Ihren nochmals von ganzem Herzen und so mit meinem ganzen Herzen zu danken, ist mir jetzt hier in der Stille vom Georgenswalde umgesehenes Bedürfnis. Sie leben es an der Schrift, die Hand ist mir noch unsicher vor Bewegung, im Gedanken an das, was ich in Eilsit erlebt habe. Noch sehe ich die eroberten Angelfischer und höre die vielen lieben Stimmen, die fast täglich „Hanneken“ und immer wieder „Hanneken“ riefen.

Und das will ich bleiben. Das Eilsiter Hanneken immerdar. Ich kann der Stadt kein ebenbürtiges Wiederergänzung machen im Augenblick, aber ich denke, mir werden einander auch so nicht verfehlen, und ein Andenken soll ihr werden, so wie ich's eben zu Ipsen habe...

Watersloot, das sind wir alle, was Standes und Berufs mir sein mögen, Männer, Frauen, Kinder, zusammen in eine geschloffen.

Überhaupt so das Ganze. Es hand' über dem Gagesfreileben; vom Kind bis zum Großmuttern hatte ich das Empfinden, daß man mir's gönnte und sich mitreute.

Haben Sie die Güte, verehrter Herr Oberbürgermeister, mein großes, warmes Danken zu vermitteln, dem Magistrat, dem Herrn Schulrat, dem Frauenverein mit Fr. Carl. Schreiber, meinem guten Rektor Sawinski, das mit der Meerschule war ja wirklich entscheidend — den Herren und Damen, die so schon geliebt und gelungen haben — ich, und alle, alle, die mir Blumen gebracht, die Kinder und die Alten besonders, — alle, die mich freundlich angesehen, mich gewinkt und gewinkt haben — ich danke jedem einzelnen aus bewegter Seele.

Und jetzt, mein sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, möchte ich meinem geliebten Eilsit unter Ihrer Führung und Sorge ein neues Wachen, Blühen und Gedeihen — vor allem aber Einigkeit! Möge meine Vaterstadt darin der zertrennten, ewig verzagten Heimat mit einem trostreichen Beispiel vorangehen.

„Drei Kräfte müssen zusammen halten,
Die Faust, der Kopf und das deutsche Herz,
Im Viehen fäustlich — doch hart wie Erz,
Wenn es gilt, den feindlichen Gewalten,
So Macht wie Schwel zu spalten.“

Der Stadt Eilsit ergebene Komter

Johanna Wolff.

Mia Munier-Wroblewska.

In einer unserer Frauenbeilagen hatten wir vor etwa zwei Jahren auf die baltische Dichterin hingewiesen. Seitdem erfüllte sie ihr Können auf erblühendem Gebiet immer blut- und eindrucksvoller. Sie ist zur Heimatdichterin wahrhaft großen Stils geworden. Baltische Geschichte, baltische Größe, baltische Rot ist das Lied, das sie singt.

Was mit ihren tellischen Geschichten vom „Grauen Baron“ und mit „Schmerz Urula“ oder dem Roman aus Karlens Zeiten, „Und doch!“ begann, was sie im „Roten Geiger“ ins Geheimnisvolle, in die Sphäre „zwischen Traum und Tag“ steigerte (sämtlich bei Cotta, Stuttgart), hat sich nun zu einer Fülle, zu einem schier unerhöchlichen Epos, zu einer Fülle des noch nicht mächtigen Menschen entfaltet. Der Verlag Eugen Solter, Heilbronn, ist der Vermittler dieser Werke deutschen Stammes und Dichtertums geworden, und wir dürfen ihm danken, daß er in einer Zeit auch verlegerischer Räte es gewagt hat, was so leicht kein anderer gewagt hätte: ein lebensbündiges Werk der Dichterin herauszubringen, das unter dem Titel: „Unter dem mehrschönen Mond“ das Werden, Wachen und Welken eines kurländischen Geschlechts erzählen läßt — und mit der Geschichte des aus Litauen nach 1700 eingewanderten Geschlechts des Jakob Christian Stahl auch die Geschichte des geliebten Karlens. Von den sechs Bänden liegen nun fünf vor: „Märzessen“, „Sommeressen“, „Sonnenende“, „Herbstessen“ und „Winterrot“. In ihnen raucht und raunt es von Rot, Liebe, Glück und Untergang des baltischen Stammes. In einer Vielzahl kurzer und längerer Einzelgeschichten zieht ostmärkisches Schicksal an uns vorbei, durch zwei Jahrhunderte hindurch, und mit ihnen, was dieser uns vorwandte, jüdisch-litauische verbundene Stamm der Balten Unmögliches, Unerhörtes erlebt hat: in Aufstieg und Glanz, Kampf um Volkstum, Kampf um seine deutsche Anerkennung, Kampf gegen Russen-



Mia Munier-Wroblewska.

Land, Veltentum, Weltsehensmus. Aus der Dügelle wird die Tragödie, deren Zeugen wir selbst geworden sind. Was die Balten am tiefsten traf, war, daß man in Reichsdeutschland sie als „Russen“ ansah, wie man unsere „Polener“ und „Welpen“ in der alten Heimat als „Polaken“ begrüßte. Aber niemand schmerzte mehr als das Baltenstamm, sich bei uns durchzusetzen. Wir reichen diesen Verfolgten, Getreuen aus bethlichem Empfinden die Bruderhand und dürfen hoffen, daß gerade auch das dichterische Werk Mia Muniers dazu beitragen wird, einen Verständnis und Boden bei uns zu bereiten.

In einer Reihe kleiner Novellen („Die Domina“, „St. Brigitten“, „Es schnehet Regen“) hat uns die Dichterin auch manchen Einzelzug aus ihrer Heimat erzählt, während sie in dem Scherl-Buch „Möge“ den Schaulich der Handlung nach noch Olfreusen verlegt, aber im Grunde auch hier Menschen ihrer engeren Heimat schildert.

Groß ist die Dichterin im Gehalten des Einzel- wie des Stammes-schicksals; denn dieses lebt in ihr und gewinnt zusehends die Form. Nichts Gemachtes, Unnahes ist in diesen Schilderungen. Wir erleben in packenden Bildern alles gleichsam selber mit. Zuletzt gab sie die baltischen Novellen „Sata“.

Die (1882 geborene) Dichterin durfte in ihrer Heimat, in Godingen, verbleiben, während ein riesiger Strom die Emigranten fortgeführt hat. Sie schrieb mir, daß in ihren Gedächtnis „Unter dem wechselläufigen Mond“ nur die Namen geändert, sonst aber die Schicksale der Menschen getreu geschildert seien. — Wir wissen, daß eine Konneria wie sie sich durchleben müßte, in der Kaiserstadt heute eine zweite Hölle erleben. Mögen die Dichterin ganz Deutschlands diese Worte bei sich einfließen!

Erstlichste bedeutet Mla Muiwir-Weislofska, was ihre Landsmännin Gertrud von den Brücken aus lyrisch liest. Aber sie und ihre oft erschütternden Strophen soll demnächst berichtet werden.

Joanna Beckmann.

Die große Scharenfunktionskünstlerin und Dichterin, der wir zu ihrem 60. Geburtstag (3. Mai 1926) eine besondere Beilage gewidmet haben, beschenkt ihre große, andächtige Gemeinde durch neue Werke, die so erfüllt sind von tiefem Glauben an das Licht, dem Segenlicht, Lebensweisheit und freudiger Bejahung, daß wir sie in alle Häuser wünschen möchten, die sich dem großen Weihnachtsfestmahl zu öffnen bereit sind. Joanna Beckmann hält ihre Gaben für groß und klein bereit. Ein Werk für alle, die mit dem Schicksal zu ringen haben, ist „Das Feuer“ (Stiftungsorgan, Potsdam, geb. 7,50 RM.). Hier wird das Feuer zum Symbol des Lebens, wirkt leuchtend, wärmend, brennend, auch verdörend — und bleibt doch, was es ist: Funke aus Gottes ewigen Feuer. Zu harter dichterischer Gestaltung, ihre Verse von ergreifenden Scharenklängen begleitet, führt uns die Dichterin durch Einklinken, Verbundenheit, Verarmenheit des Lebens, immer weiterempfehlend auf das große Leuchten, das unser aller Ursprung und Bestimmung ist:

„Du lieber Rot und Gelb,
Du ewige All-Gebuld,
Erleucht dich unserer Seele,
Verleih uns unsere Schuld.“

Gib unsern Wägen und Wägen
Kraft und Wut,
Und führe unser Sehnen
Dir zu.“

„Goldene Erde“ heißt ein zweites Buch von ihr (Verlag A. C. Bartel, Berlin, 1,50 RM.). Der Gedankensatz auch hier: Licht wird zu Reim, zu Holz, zu Ähre und Brot. Alle Arbeit geschieht in Gottes Namen. Unser ist der Ernst des Willens, unser die still bescheidene Tat. Das Schicksal vollendet durch brandende Stürme und lebendigen Frühling, was wir begannen. Die ewige Liebe führt uns: aus Licht ins ewige Licht. Wunderbare Schritte des Holmen und Ähren begreifen die Verse.

Das dritte Buch heißt „Sterlein“ (im gleichen Verlag, geb. 5 RM.) und ist nicht nur für die Großen, sondern auch für die Kinder: ein Märchenbuch, das jeden mit seinem Zauber bereichert. Schwärmen aus allen vier Elementen, Menschen, Kinder, Vögel, Tiere und vor allen Dingen Sterne: alles kindet vom Sinn des Lebens und der großen Einheit der Welt. Unsere Kinder werden die innigste Freude an den lieblichen Geschichten haben, während die Großen sich erfreuen an dem tiefen, ewigkeithen Sinn dieser Offenbarung.

Nach Joanna Beckmann gehört dem deutschen Ostland an, wir grüßen sie in herzlichem Dank als eine der unseren.

Dr. Lüdtke.

Verprechungen.

Wieder über das Kleinkind.

In den „Wendepunktbüchern“ Nr. 4 und 5 ist die Aufmerksamkeit auf die Ernährung und Erziehung des Kleinkindes gelenkt worden. Dr. Wilhelm Stelzel behandelt in seinen „Briefen an eine Mutter“ das Kleinkindalter und vermag viele Mütter und Erzieher zu helfen. Er stellt zu sein. Eine „Erziehung der Erzieher“ gibt es bei uns ja für das Kleinkindalter nur unzulänglich; der vermag ein so lebendig und packend geschriebenes Büchlein wie dieses zu helfen. Mit Recht weist der Verfasser aus seiner reichen ärztlichen Praxis darauf hin, daß in den ersten Lebensjahren sich das Schicksal des Menschen entscheidet. Alles, was er später lernt, ist nur ein Überbau über die ersten Eindrücke und Erfahrungen. Eine sonnige Erde schafft sonnen Menschen. Eine Atmosphäre der Stille und der Zufriedenheit, der stillen Harmonie überträgt sich in unspürbaren Wellen auf das Kind. — Dr. M. C. Birchler schreibt Johann über „Säuglings-ernährung mit Fruchtmilch“ und berührt damit ein Gebiet, mit dem sich Mütter und Pädagogen auseinanderzusetzen sollten; die Frage selbst ist noch im Flug und wird weiter untersucht. (Preis 1,60 RM., Wendepunkt-Verlag Leipzig und Järich.)

Marie Diers, Die große Verlassung. Berlin SW, Krantz-Verlag. Geb. 2,85 M.

Aus dem Ostland entstammende Dichterin Marie Diers, auf deren Schöpfen wir schon früher hinweisen konnten, gibt in diesem spannenden, lebensvollen Roman die Geschichte einer Frau, die nach entgangener Liebe, aber mit erfolgreicher Arbeit erfüllten Jahren ihren Platz auf dem heimatischen Gut ihren Kindern einräumt und nun, anknüpfend zur Katastrophe verortet, einen neuen Versuch findet, indem sie den ihr sehr hohen anstehenden Kindern und ihren heranwachsenden Enkeln Schwestern und Schwestern eines neuen Lebens zeigt. Das vornehmste, welches von froher Vaterliebe erfüllt wurde, behandelt damit eine in unserm Schrifttum nur selten aufgenommene, aber doch wesentliche Frage. Wir wünschen es in recht viele Hände.

Carl Voges „Düniger Vate“ (Abreiskalender für 1931, Eigenverlag des Herausgebers in Oliva, Preis 3 Gulden) bedeutet für alle Freunde der Ostmark und namentlich der freien Ostsee die Wiederkehr eines guten, treuen Kameraden. Neben dem Kalenderblatt und den heimatischen Schilderungen und „Versen“ erfreuen insbesondere die ganz ansehnlichen, ansehnlichen Aufzeichnungen, die dem Kalender beigegeben wurden, und die allein schon den Preis wert sind, den er kostet. Es sind herrliche Aufnahmen aus Dänzig selbst und seiner schönen Umgebung, auch prächtige Stiegenaufnahmen, die sich zur Werbung für dieses Werk der Deutschen im In- und Ausland trefflich eignen. Und wir sprechen mit dem Dichter, der neben von einer unwiderstehlichen Werbefahrt für den Osten aus den Küstentälern der Ostsee und aus der Nordmark zurückkehrt ist:

„Doch wie aus Sturm und Regen
Die deutsche Seele spricht,
So bleibt uns unerlöset
Der Glaube an das Licht.“

Die goldene Brücke. Hier hat Prof. Dr. Karl Pienjat ein Vierelbständiges Volksmährchen unserer Ostmark gesammelt und neu erzählt. Allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen innerhalb des Deutschen Ostlandes, zumal seinen Frauen-, Jugend- und Kindergruppen, sei diese köstliche Gabe empfohlen. Man ruft so oft nach heimischen Märchen; hier sind sie! Dazu ausgestattet mit schönem Bildhauwerk von Carl Ströller. Der bekannte Schlinger: Volksmärchen hat in den bekannten „Düniger Väter“ (Schlesien bei Hermann Schönbach, Leipzig.)

Hauswirtschaftlicher Lehrgang in „Haus Ostland“.

Am 15. Oktober d. J. hat der erste hauswirtschaftliche Lehrgang in „Haus Ostland“ in Besham im Spremohl begonnen. Ein prachtvoller Herbsttag trug dazu bei, den Schülerinnen ihr neues Heim in herbenprächtiger Spremohlhofstadt besonders freundlich und schön erscheinen zu lassen.

Sobald fanden sich die jungen Mädchen in der neuen Umgebung und mit ihnen ihre auertrauten Arbeiten zurecht. Anfangs mußte man noch mancher Hausgenosse, der sich nicht so schnell an den nach der Uhr eingestellten Tageslauf einer Schule gewöhnen konnte, eine kleine wegen Zutrittskommens auf sich nehmen. Aber jetzt, nachdem man die Notwendigkeit der Pünktlichkeit eingesehen hat, wird diese auch eingehalten. Um 7½ Uhr werden die Schülerinnen zur Gymnastik gerufen, um 8 Uhr kommen die ersten Frühstücke, ein solches Essen, das eine Arbeitsbesprechung hat, eine Besprechung aller am Tage vorkommenden Arbeiten. Die Schülerinnen sind in zwei Gruppen geteilt, von denen eine das Essen zubereitet, die andere die Hausarbeit und Wäschebehandlung übernimmt und auch am Vormittag Handarbeitsunterricht erhält. Alle jungen Mädchen haben sich in der kurzen Zeit schon eine Menge Sachen geübt und sogar sehr von ihnen. Die Arbeit ist gleichmäßig und nach einheitlichem Schnitt fertiggestellt. Sie haben die Anregung, sich eine gemeinsame Arbeit zu schaffen, gerne aufgenommen und zeigen nun schon rein äußerlich, daß sie eine Gemeinschaft bilden. — Nach dem Mittagessen haben die Schülerinnen eine Arbeitspause. Der Nachmittag wird mit theoretischem Unterricht und Handarbeit gefüllt. An den ersten Wochen ist aber besondere Wert auf die Praxis gelegt worden, um noch immer nachkommenden Kursistinnenheimern das Einfinden in den theoretischen Unterricht leichter zu machen.

Mit Fleißigkeit können wir auf das zurückgehen, was bisher geleistet worden ist, und die Schülerinnen freuen sich, viel Neues gelernt zu haben; so z. B. das Schlachten und Verkaufsfertigmachen von Geflügel. Außerdem werden täglich neue Rezepte in das Kochbuch geschrieben und die Geschicklichkeit beim Seziieren geübt; eine große Wäsche ist auch schon abgewaschen worden. Sehr lehrreich war für die Schülerinnen die Reueinrichtung eines Herkules unter Ausnutzung und Umgestaltung vorhandener Räume zu einem gesunden und zweckmäßigen Unterkommen für das Geflügel.

Die Freizeiten und Abende haben wir mit Lesen, Spielen und Gesang ausgefüllt. An einem Sonntag sind wir zu einer Schilfbootfahrt, die in der hiesigen Gegend zu Hause ist, sogar zur Kirme eingeladen worden!

Einige Schülerinnen können in den jetzt laufenden Kursus noch aufgenommen werden. Ein neuer Lehrgang beginnt am 3. Januar 1931 und soll drei Monate dauern.

Hergert Menzel liest

Am Dienstag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Festsaalraum (Berlin, Neubrückstraße 15, nahe Spittelmarkt) eigene Gedichte und einige Abschnitte aus seinem letzten erschienenen, von uns bereits angeregten Ostmarkenroman: „Unirittene Erde.“ Damit ist jedem unserer Leser Gelegenheit geboten, den packenden Roman aus der Feder unserer Heimat sowie den Dichter selbst kennenzulernen. Der Komponist Johannes Vies, der mit eigenen Gedichtbüchern mitwirkt, ist ebenfalls Ostmarken- und Spornschiffen Schatzkammer. Das vornehmste, welches von froher Vaterliebe erfüllt wurde, behandelt damit eine in unserm Schrifttum nur selten aufgenommene, aber doch wesentliche Frage. Wir wünschen es in recht viele Hände.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Franz Lüdtke, Berlin-Oranienburg. — Verlag: Deutscher Ostland u. S. B. Berlin. Einblendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Gernu) (Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Eine sensationelle Meldung der „Times“ zur Ostgrenzenfrage

Die Londoner „Times“ haben von ihrem Pariser Korrespondenten die aufsehenerregende Mitteilung erhalten, das französische Auswärtige Amt unterhalte seit längerer Zeit ganz aktiv die Beziehungen, eine Verbesserung der deutschen-polnischen Beziehungen herbeizuführen. Es biete zu dieser Verhandlungsaktion seine guten Dienste an, und zwar in der Weise, daß es in Aussicht stellt, daß, wenn Deutschland ein Einverständnis zwischen Polen und Litauen in der Memellager herbeiführt, Polen nicht abgeneigt sei, die deutschen Argumente in der Angelegenheit des Korridors in günstigen Sinne zu diskutieren. Um so energischer ist infolgedessen der von der polnischen Regierung nahegelegte Vorstoß. Die „Gazeta Polska“ sagt, die ganze Nachricht sei von A bis Z aus den Fingern gelogen. Es sei ein ganz phantastisches Gerücht, das hier verbreitet werde, und es sei gut, wenn der Pariser „Times“-Korrespondent seine Quelle nennt. Der „Kurier“ voran, der gleichfalls der Regierung nahesteht, meint, der Pariser „Times“-Korrespondent ist hier irgendeinen Betrug zum Opfer gefallen, und zwar einem Betrug, den sich eine Person erlaubt habe, die der „Times“-Korrespondent für wohl informiert halte. Der „Kurier“ bittet sowohl die „Times“ wie auch den Außenminister Herbenow, doch daran zu denken, daß Polen sich stets eines fair play befleißigen hätte und daß es deshalb auch die Verbreitung derartiger Nachrichten nicht dulden dürfte.

Der polnische Botschafter in London, Graf Skirmunt, hat an die Redaktion der „Times“ ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Da ein Abhört des Artikels den Eindruck macht, als ob eine angebliche polnische Kräfte unter gewissen Bedingungen den deutschen Argumenten in der Frage des polnischen Korridors Gehör schenken würden, halte ich es für meine Pflicht zu erklären, daß diese Meldung, die man nicht ernst nehmen darf, nicht aus einer guten Quelle stammen kann. Keine verantwortlichen Faktoren in Polen würden in eine Diskussion über die in der Korrespondenz der „Times“ aufgeworfene Frage eintreten.“

Entschädigungswesen.

Stiftungsverlängerung für Anträge beim Polenschadenskommissar bis 30. November.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat eine neue Verordnung zur Durchführung des Polenschadengesetzes erlassen. Sie ist datiert vom 30. Oktober 1930. Den Wortlaut dieser Verordnung teilen wir allen Landesverbänden und Ortsgruppen im nächsten Rundschreiben, das in diesen Tagen herausgeht, mit. Als besonders wichtig sei an dieser Stelle hervorgehoben, daß die Frist für Einreichung von Anträgen beim Polenschadenskommissar, — die am 30. September abgelaufen war, — bis zum 30. November 1930 verlängert wird. „Nach diesem Tage ist die Geltendmachung jedes Entschädigungsanspruchs ausgeschlossen.“ Die Verordnung enthält die weitere wichtige Bestimmung, daß Anträge auf vorläufige Entschädigung der vom Polenschadenskommissar in der ersten Entscheidung in der ersten Instanz, bis zum Ablauf eines Monats, nachdem die Festsetzung der Entschädigung für den Betroffenen unaufschiebbar geworden ist, beim Polenschadenskommissar eingereicht sein müssen. „Vor dem Inkrafttreten des Polenschadengesetzes die Entschädigung bereits unaufschiebbar festgelegt, so endet die Antragsfrist am 31. Dezember 1930.“ Die Verordnung enthält weitere wichtige Bestimmungen und Formvorschriften, über die die Interessierten in nächster Woche Auskunft durch unsere Ortsgruppen erhalten können.

Aufwerfungsfragen.

Festsetzung des Zinsfußes für Aufwerfungshypotheken.

Das Reichskabinett hat nach wiederholter Prüfung in Betracht kommenden Umständen am 24. November d. J. beschlossen, dem Reichsrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, nach dem der Zinsfuß für Aufwerfungshypotheken vom 1. Januar 1932 ab auf 2½ p. h. festgesetzt wird; das entspricht unter Berücksichtigung der bestehenden Verwaltungsspanne dem Pfandzinsfuß von 7 p. h. — Die Verordnung soll gleichzeitig mit dem zurzeit dem Reichstag vorgelegten Gesetz über die Festsetzung des Zinsfußes für Aufwerfungshypotheken mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Kraft treten.

Beamtenfragen.

Beamtenabteilung des Ostbundes.

Vand der Kommunalbeamten. (Fortsetzung.)

3. Erhaltung des Staatsanteils nach einer höheren Befoldungsgruppe. Darüber sind umfangreiche Verhandlungen mit dem preußischen Finanzminister geführt worden. In vielen Fällen konnte ein Erfolg erzielt werden.

4. Zahlung von Unterschiedsbeträgen an verdrängte Beamte und Angestellte, die eine minderwertige Stelle angenommen haben bzw. annehmen mußten. Der preussische Finanzminister hat es grundsätzlich abgelehnt, die geltendgemachte Zahlung von Unterschiedsbeträgen anzuordnen. Jedoch Wahrung der finanziellen Interessen aller Mitglieder war die Verschreitung des Rechtsweges umgänglicher. Wegen der hohen Kosten kann der Prozeß zunächst nur in einem Falle geführt werden. Das Urteil wird sich auch in allen anderen Fällen entsprechend auswirken. Es haben bereits zwei Termine beim Landgericht 1 in Berlin stattgefunden. Ein endgültiges Urteil liegt noch nicht vor. (Schluß folgt.)

Bundesnachrichten.

Ostbund-Totengedenkfeier im Dom.

Die nun schon seit einer Reihe von Jahren alljährlich am Totensonntag in den gemauerten Räumen des Berliner Doms veranstaltete Gedächtnisfeier für unsere auf dem Schlachtfeld der Ehre im Weltkriege und im Grenzschutz gefallenen tapferen Krieger und für die toten Goten, die in der uns entrisenen Heimat ruhen, findet immer mehr Anklang, so daß der Besuch von Jahr zu Jahr wächst und daß diesmal schon lange vor Beginn nicht nur die Wände der weiten Hallen des herrlichen Gotteshauses und alle Emporen gefüllt waren, sondern Hunderte sich stehend in den Gängen stauten. Nicht nur aus allen Teilen Ost-Preussens, sondern auch weit aus der Provinz her waren Offiziere und Gemeinderäte erschienen, um an dem Gedenktage bei der es sich nicht um einen Tag, in dem ein hohes Grab der Deutsche Ostbund wirklich eine echte Volksgemeinschaft ist. Aus allen Schichten der Bevölkerung setzte sich die Riesenschlange der Peter zusammen. Das Präsidium des Ostbundes, der Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg und zahlreiche Vorstände und Mitglieder seiner vielen Ortsgruppen waren von nah und fern erschienen. Neben General und anderen Vertretern des Offizierskorps, dem gemeinen Armeekorps der einfache Mann aus dem Volke, neben dem Beamten der höchsten Anstalten, neben dem Kaufmann der Handwerker, und fast alle hatten sie ihre Frauen, viele auch ihre Kinder mitgebracht. Vorbereitet war auch diesmal wieder die Feier vom Verein ehemaliger Ostmärker in Berlin, der hauptsächlich aus Volkbeamten besteht und dem Deutschen Ostbund der Ortsgruppe angegeschlossen ist. Die Gedächtnisfeier hielt Herr Hofprediger v. Vöhring an. Unter Begleitung auf ein altes biblisches Prophetenwort rief er: „Polen über die Grenze hinweg die Mahnung zu, nicht zu stolz zu sein und es nicht zu toll zu treiben, betonte er das unzerbrechbare Band der Deutschen auf die Ostmark, der sie die Kultur gebracht haben. Verdrängt aber dem Ausdruck, was in Bezug auf die Ostfragen alle Deutschen empfinden, betonend, daß das Volk seine Stimme erhebe, auch wenn die Regierung aus irgendeiner Rücksicht zu lange schweige. Er charakterisierte die Deutschen als „einen gemessenen, arbeitssamen, jähren, fleißigen, vom Staatsgute und vom gläubigen Volk und letzte ihnen aus Herz, auch in der Großstadt ihre Eigenart, die Sitten und den Glauben ihrer Väter zu mahnen, um so eine Million zu erfüllen. Er führte aus, man könne am Totensonntag der Toten gedenken, man könne sich aber auch an die Lebenden wenden. Und das letztere tat er in erster Linie. Er war bereit, die Herzen stark zu machen, um die Feinde der Zeit und die Gefährden für unser Volkstum zu überwinden und in harter Entschlossenheit zurückzugewinnen, was wir verloren haben. Der Redner vermied, wie er betonte, bewußt jede Sentimentalität, und nur bemüht, die Seelen zu trösten und den Willen zu stärken, um die Feinde auszurufen für den weiteren Kampf um Leben und Vaterland und um die alte Heimat. Seine Worte mochten auf die Seelengemeinde einen tiefen Eindruck machen. Umrahmt die Feier die feierliche Stimmung durch Vorträge des Herrn Domorganisten Prof. Dr. v. Scherz und des Charlottenburger Märschmachers Meyer, geleitet von seinem Chorleiter Herrn Adolf Schmeitz, sowie von Gemeindegliedern, deren Jubel so recht einer ostmärkischen Totengedenkfeier angepaßt war. Auch einem von Herrn Hofprediger v. Vöhring gesprochenen Gebet, das sich aus den Vätern der Zeit heraus an den höchsten Gott wandte, wies das von der ganzen Gemeinde mit dem feierlichen gesungenen Vaterland befehlend. Während der Feier hatten die Vertreter des 22. Ostbundes und anderen Ostverbänden mit ihren Söhnen und Wippen rechts und links vom Altar Aufstellung genommen, während das Bundesbanner des Deutschen Ostbundes in der Mitte der Rückseite des Altars aufgestellt war und mahnend der Seelengemeinde der Ostmärker die Lösung des Ostbundes jure: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Off hat am 9. November im Vereinslokal „Kopenicker Hof“ die Feier ihres jährlichen Bestehens begangen. Der an sich schon sehr eindrucksvolle Saal wurde durch die feierliche Ausschmückung gelichtet. Die Tische waren mit Blumen und Kannegrün geschmückt, wobei wieder der Frauendienst gehoben hat, der an einen Wandteppich aus dem gleichfalls mit einer Glände geschmückte große Hindenburg-Bild angebracht, daneben die aufgelistete Gruppenliste, darunter das Rednerpult mit Grenzlandfortschritt und Oldenburgern, umgeben von Lebensbildern. In der äußeren Wandteppich hing ein großer Transparent „Offen, gegen von Herrn Vorstap zu dem Herrn Vorstap der Bundesarbeit sehr geschmackvoll hergestellt. Das Fest begann ammittags 4 Uhr mit einem Festmarsch. Daran schloß sich der Vorpruf des Herrn Vorstap. Dann holten wir unsere Ehre wieder“ von Paul Wolf. Rummel erstreckte uns die Sängerin Frau Gertrud Lüdtke durch den Vortrag der „Mondbacht“ von Schumann und „Wohin“ von Schubert. An der Schlussprache begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Adolf Stepan, bei dem die Herren Bundesvorsitzenden (Herrn Vorstap, Herr Schmid und das Präsidiummitglied, Herrn Landesverbandvorsitzenden Vater, die Herren Vertreter der Ortsgruppen Berlin-Nord und -Süd, und die Vertreterin des Frauenbundes, Fräulein Wandel aus Spandau. Herr Stepan entrollte recht eindrucksvoll und ausführlich die Entstehungsgeschichte und den Werdegang der Ortsgruppe, die er seit der Gründung leitete. — Der 2. Vorsitzende, Herr Sauer, und allen Mitgliedern die beglückwünschten lebende Bilder zu denen Herr Sauer die folgenden Worte sprach: „Frau Lüdtke sang dann „Wohin“ von Regner, Kapitän und Arie aus „Hochzeit des Zigeuners“ von Mozart u. a. m. Wir hatten schon an anderer Stelle Gelegenheit gehabt, die Sangeskunst von Frau Lüdtke rühmend hervorzuheben, möchten aber auch an dieser Stelle Frau Lüdtke recht herzlich danken für den Genuß, den sie uns durch den klugen Vortrag ihrer Väter aus heute bereitet hat. Rummel sprach Herr Vater. Er dankte zunächst in bewegten Worten dem 1. Vorsitzenden, Herrn Adolf Stepan, für die maßgebende Führung der Ortsgruppe, desgleichen den übrigen Vorstandsmitgliedern für das treue Zusammenstehen an der Seite ihres Vorsitzenden und allen Mitgliedern für das unbedingte Zusammenhalten die vielen Jahre hindurch. Die Ortsgruppe hat die Freude, heute für 16-jährige Mitgliedschaft 4 Mitglieder ausweisen zu können. Herr Vater überreichte diesen Mitgliedern die dem Deutschen Oldbund herausgegebenen Ehrenurkunden, darunter dem Herrn Sauer, welcher gleichzeitig am Anfang am Schriftführer des Landesverbandes Berlin-Brandenburg ist, die silberne Ehrennadel des Deutschen Oldbundes. Außerdem fand noch eine besondere Ehrung statt, indem unserm stets entgegenkommenden Vereinsmitgl., Herrn Karl Krause und seiner lebenswürdigen Gattin, welche uns in ihren Jahren schon zehn Jahre hindurch dem Bundesrat des Deutschen Oldbundes mit Rühmen überreicht wurde. Der offizielle Fest schloß mit einem gemeinsamen Lied, das in die Worte ausklingt: „Eintracht ist die Stärke und Kluft die Bande, die Rache ist kein, o Herr, mach' uns frei!“ Herr Präsident Sauer und Herr Geheimrat Schmid ließen es sich nicht nehmen, auch ihrerseits der Ortsgruppe, ihrem Vorsitzenden, den übrigen Vorstandsmitgliedern, von denen auch die meisten auch am Anfang an dem Vorstand angehört, und allen Mitgliedern für ihre Erreichte zu danken und auch weiterhin Glück zu wünschen — ein jeder Oldmärker muß seine Pflicht im Deutschen Oldbunde tun und zur Vermittlung seiner Ziele beitragen. Die Glückwünsche der Gruppen Nord und Süd überbrachten die Herren Schulz und Blume. Nach der Erlebung dieses noch Vergnügungsleiter, Herrn Jakob und vom Kollendart, Herrn Vorstap, in dankenswerter Weise zusammenfassend, Proklamierung der reich vertretene Jugend für Freundschaft und Unterhaltung bei guter Musik.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. O. (Verein heimattreuer deutscher Polen) hielt am 18. November ihre Monatsversammlung im deutschen Heim ab, wonach sie aus der Mitgliedschaft der Ortsgruppe, die Heim ab hatte. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Bartel, Schmalz, 2. und um der Erlebung des gefestigten Feils, wobei mitgeteilt wurde, daß die Chorvereinigung am 29. November im Friseur Garten ihr 16-jähriges Bestehen feiert, wurde eingangs des kulturellen Feils das von Landsmann Adler gebildete Lied „Deutsche Ostmark, heilige Land“ gemeinsam gesungen. Schon im Vorfeld der Veranstaltung, die in einem reichhaltigen Vortrag „Durch das Weichselland“ mit mehrstimmiger Stimmung haben mit der Drevens, Barthe, Zobe, das liebliche Bromberg, Ehren vom linken Weichselufer mit Johanneskirche, das Rathaus mit Rokokoarchitektur, Gollub mit Ordenshof, die kleine Verbindungsbrücke, welche Gollub mit dem früher zu Ratland gehörigen Gebiet verbindet. Stralsburg mit Naturdenkmal, Neumark, Rheden, Kaim, Schmetz, Grauburg, Rauenburg, Marienwerder, Delpin, Stargard. Jedes mit seinen Toren, Tümen und alten Bauten aus Jahrhunderte alter glorreicher Vergangenheit. Jeder Ort hat seine Geschichte. Viele der Anwesenden haben ihre Vaterstadt. Ein Anwesender sein Vaterhaus. Anschließend hielten Sprach Herr Oberbürgermeister Dr. Krause, früher Schmalz, treffliche Worte. Genau so wie man uns die Weichsel als ein Weichselufer zu sehen will, so haben auch Friedrich B. gebildet, er habe sich f. S. Pomerellens gemeinsam gerufen. Der Vortrag wurde durch einen weiteren Uneinigkeit in Deutschland. Das große römische Reich, das früher große Spanien, Polen und das früher auf so geläufige Reich stehende Griechenland sind zerfallen. Wenn in Deutschland von den Feinden und im eigenen Vaterland die Uneinigkeit so weiter geführt werde, wird auch unser armes Deutschland zerfallen. Darum helfe jeder an einem Feind die Segenheiten überbrücken, um unser armes Deutschland zu retten. Reicher Beifall wurde den beiden Vortragenden gelpendet. Der Abend wurde mit einem Liede von Landsmann Adler beschloßen.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Stettin. Die Schicksalsverbundenheit der verdrängten Oldmärker mit den ebenfalls aus ihrem Wirkungskreis gestillten Ausland- und Kolonialdeutschen veranlaßte die Ortsgruppe, ihre Oktoberversammlung als „Koloniolenb“ auszuzeichnen. Der Vorsitzende, Stadthauptinspektor Schmidt, betonte in einleitenden Worten viele Tatsachen der Vergangenheit, die in einem reichhaltigen Zusammenhange ihrer Spinnenorganisationen die Interessen wahren und Wiederarbeitbarkeit zu leisten hätten. Der Redner des Abends Rittmeister A. v. d. Stülpnagel, verstand es, durch Wort und Bild den Zuhörern die deutsche Pionierarbeit in den Kolonien darzustellen. fünf Jahre nach Annahme des Diktates sollte eine Abhimlung unter den Eingeborenen über das Schicksal unserer Kolonien stattfinden. Dies ist bisher nicht gelungen; denn hätte sich eine Mehrheit von mindestens 90 p. h. für Deutschland ergeben. Die Ansprüche der Polen auf deutsche Kolonialgebiete müßten zurückgewiesen werden. Von der Regierung muß man verlangen, daß sie energisch für die Durchföhrung der Abhimlung und Freigabe unserer Kolonien eintrete. Auch die Jugend muß für den Kolonialgedanken gewonnen werden. Darfungen der Schülermusikgruppe des Lutherkreises Ostmark als Rahmen für den Vortrag fanden ebenfalls verdienten Beifall.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Jahresfeier des Landesverbandes.

Der Landesverband Rheinland-Westfalen feierte am 16. November in Eilen unter großer Beteiligung sein jährliches Bestehen und das der Ortsgruppe Eilen. Die Feier, an der von Vertretern der Behörden der Arbeit des Deutschen Oldbundes glänzende Anerkennungen erteilt wurden und an der Bundespräsident Sauer teilnahm, trug sehr oldmärkischen Charakter und nahm einen erhebnenden Verlauf. Das große Stoffbandes wegen konnte nicht über die Doppelreihe, mit der auch ein Jugendtreffen verbunden war, erst in nächster Nummer eingehender berichtet.

Mitteilungen aus der olddeutschen Heimat.

Persönliches.

Abgeordnete von Karhoff operiert.

Der Reichstagsabgeordnete von Karhoff, früher Landrat in Olla a. P., ist schwer erkrankt und wurde in der Nacht zum 2. November im Krankenhaus in Berlin operiert. Wie mir bei Schlaf des Blattes durch telefonische Rückfrage feststellen konnten, ist die Operation gut verlaufen und das Befinden des Herrn von Karhoff verhältnismäßig gut.

Eine Gedächtnisfeier für Dr. Rüdiger Schirmer.

Die jüngst in Meran verstorbenen bekannte Schriftstellerin, deren Verdienste um die Oldmark wir in dem in der letzten Nummer des „Oldbundes“ veröffentlichten Nachruf hervorzuheben haben, wird Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, in der Wandhalle des Preussischen Vortages vom Reichsfrauenauschuß und vom Oldmarkenauschuß der reich vertretene Volksarbeit veranstaltet.

70 Jahre Dreierleben.

Am 19. November wurde Konstantin Zietkau in Koll zu 70 Jahren alt. Nach dem Abgange vom Seminar zu Marienburg (1881) und später übergehender Anstellung in Gumnau und Sarnowen hat er an der einklassigen, ausgegliederten Schule in Dobrogea, Kreis Werent, von 1891 bis 1906 gewirkt und nicht nur im Beruf, sondern auch ehrenamtlich deutsche Kulturarbeit geleistet. Den Bauern zum Vorbild verstand er das mit Simpfun und Brauchlohrtraub bedeckte Dnieprufer Uferland. In der Arbeit hat er heimisch, so er hat dieser Urbanordnung ein Säuergrab mit einer Gedenktafel entdeckt, die er dem Museum in Danzig schenkte, wo dieselbe heute noch zu sehen ist.) Auf dem baum- und frauchlohr Schulgrundstück schuf er einen schönen Obst- und Ziergarten. Von 1906—1919 war S. an der lerschulischen Stadtschule in Werent tätig; 9 Jahre war er Vorsitzender des Dreiervereins, 18 Jahre Vorsitzender des Bienenvereins Werent. 1905 wurde er in den Vorstand des dortigen Oldmarken-

vereins gemüßt und wirkte hier als Berichtsfahrer für die „Presse“ bis Ende 1919. Nach seiner Verdrängung anfangs 1920 zog er nach Krefeld (wo seine verheiratete Tochter lebt), wo er noch bis zum Jahre 1924 im Schuldienst tätig war. Sietkau ist noch recht rüstig.

*

Verlobt: Rittergutsbesitzer Kurt August Lehmann in Prignitz, Kr. Ulla, mit Gerda Rosa in Großfischbäk b. Altona; Major Adolf Reichel in Börsfeld (Schwarzwald) mit Bahnhofsstationärin Marianne Schmidt in Frankfurt a. M.

Verheiratet: Lehrer Paul Weyer in Jansfeld, Post Mühlberg, mit El. Fette Suds.

Silberne Hochzeit: Herr Oberlehrerinspektor Oskar Frieze, Stettin, Schulstr. 10, früher Polen, am 2. 12.; Wilhelm Bockhöfer in Posenbela, Kr. Reichelb., am 12. 12.; in Posenbela bei Dalschok, Kr. Bohnau, 28. 10.; Schneidermeister Erich Rehl und dessen Ehefrau Anna, Berlin O 112, Mittelb., 46, früher in Wolfstein, am 23. 11.

Goldene Hochzeit: Die Landwirt Dähold'sche Eheleute in Rastok, Kr. Ulla, am 18. 11. (P. war 18 Jahre hindurch Schneidermeister in Kr. Sellschiffert i. R. Solta mit seiner Gattin, v. Götlich, Jauernicker Str. 47, früher Stralkau, Obernitz Schadow und Danstien, am 23. 11.; Glasermeister Heinrich Dröge mit seiner Frau Anna, geb. Kopper, früher Stuhm und Berent (Welpert), jetzt Weiswoller O.C., am 28. 11.

Verlobte Ostmark: Lehrer i. R. Louis Burgin in Berlin NO am 29. 11. 70, amtierte in Rumm, Kr. Cernikow und Gr. Wodek, Kr. Hohenjela; Robert Jikro, Schaumitzerlehrer a. D., Stettin, Schulstr. 32, früher Polen, 17. 12.; Frau Albertine Weiss in Galknow (Kriemlowen), Kreis Bromberg, wohnhaft am 8. 12. 80 3.; Frau Kaufmann Martha Oehlke, geb. Jelle, in Galkow A.-L., früher Jirke a. W., am 29. 11. 70; Minna Wolff, geb. Verbezt, Richter-Weitz, Auguststr. 361, früher Götterschulen, Westpreußen, am 29. 11. 70 3.

Geheiratet: Lokomotivführer i. R. Friedrich Klischke in Frankfurt a. d. O. am 22. 11., 62 3.; Oberpostfachmeisterin Pauline Krichelberg, geb. Raupner, in Frankfurt a. d. O. am 21. 11., 71 3.; Frau Edla Krichelberg, geb. Müller, in Bernsdorf, Kreis Oels, bei ihrer Tochter Bahnhofsstationärin Frau H. Boar, früher 46 Jahre Mühlbesitzerin in Goldsch.-Mühle, Kreis Zinn, am 30. 10., 81 3.; Amtsverwalter Sedor Münchenberg in Gerdorf, Kr. Lübben, am 22. 11., 74 3.; Eisenbahnassistent i. R. Hermann Abels in Frankfurt (Oder) am 21. 11., 77 3.; Frau Christine 25 3.; in Frankfurt (Oder), Kreis Frankfurt (Oder) am 22. 11., 87 3.; Kreisobersekretär i. R. Erangoth Gaudke in Frankfurt (Oder) am 14. 11., 65 3.; Kaufmann Richard Leemann in Frankfurt (Oder) am 14. 11., 54 3.; Karl Franica in Polenica, langjähriger Beamter der dortigen Zuckerfabrik, am 4. 11., 69 3.; Oberregimentsmeisterin Ernestine Zinke, geb. Ruppe, in Oornik am 19. 11., 75 3.; der frühere Oberlehrer an der Berger-Oberrealschule in Posen, Professor Dr. Wilhelm Zink, Kreis Posen, am 2. 12.; Gerold Albrecht am 18. 11., 67 3.; Kaufmann Ernst Klischke, Inhaber der Spiritusfabrik und Wein- und Weinhandlung Eklus & Co., in Königsberg (geb. in Elbing) am 18. 11., 53 3.; Mühlbesitzer Albert Janke in Drehleimühl (Grenmark) am 17. 11.; Stadtrat Louis Simon in Frankfurt (Oder) am 15. 11. (Mitglied des dortigen Magistrats von 1912 bis 1922); Frau Kaufmann Ottilie Köhler in Frankfurt (Oder) am 20. 11., 87 3.; der Vorbesitzer Paul Gerhard Witz in Frankfurt (Oder) Sohn des Generalintendanten B. in Berlin am 19. 11., 23 3.; Frau Ida Friebe, geb. Richter, Frau des Oberpostfachmeisters i. R. August P. in Schneidemühl am 20. 11., 68 3.; Ernst Grund in Arkusowo, Kreis Gnesen, am 11. 11. infolge Unglücksfalls. Die Vermählungsanzeige des Verunglückten hatten wir erst kürzlich in Nr. 45 vom 7. 11. veröffentlicht.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Cobesurteil in Schneidemühl. Im Prozeß vor dem Schneidemühler Schwurgericht gegen Ludwig Waginski aus Hohenstein (Ostpr.) und Paul Ribuda aus Lubmöggen (Ostpr.), die einen gewissen Lohn ermerdet hatten, wurde am 24. November das Urteil gefällt. Es lautete gegen Waginski wegen vorläufigen Mordes in Gattin bei ihrem Mann auf Cobesstraße, Ribuda wurde unter Einbeziehung der am 11. Dezember wegen versuchten Betruges und Urkundenfälschung verhängten Strafe von 3 Jahren Zuchthaus zu einer Gesamtsstrafe von 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten können binnen einer Woche Revision einlegen.

Aus Ost- und Westpreußen.

Streitigkeiten an der Königsberger Universität.

Zwischen der Königsberger Studentenschaft und dem Rektor der Universität, Prof. Dr. André, hat sich ein schwerer Konflikt entwickelt. Der Rektor hat, von dem Rektat, der bei einer Studentenfeier für die Befreiung von Langemark am Gedenkdenkmal der Universität niedergelegt worden war, die Schloßen entfernen lassen,

die in den Farben Schwarz-weiß-rot gehalten waren und die Aufschrift „Allgemeine Studentenschaft“ trug. (Das Kultusministerium hat die „Allgemeine Studentenschaft“ bekanntlich vor einigen Monaten aufgelöst.) Ferner hatte der Rektor ein „Doktor der Studentenschaft“ beantragt, durch das die Königsberger Studenten in Königsberg aufgefordert wurden, die Wahl nach Dring zu führen, worauf der Professor der Studentenschaft hat der Senat zwar genehmigt, die Wahlung des Rektors genehmigt, praktisch aber beschlossen, daß die Kronstädter ausnahmsweise zurückgeführt wird und wegen des Danziger Diakons die Erklärung abgegeben wird, daß selbstständlich Rektor und Senat ebenfalls die Ausübung des Wahlrechts seitens der aus Danzig stammenden Königsberger Studenten einwünscht, daß bei dem „Doktor“ nur die Form, die der polnische Staat als vornehm empfinden könnte, der Rektors sei. Eine entsprechende Erklärung hat der Senat der Königsberger Hochschule in Danzig übermittelt. Kultusminister Grimm hat dem Senat wegen dieser Haltung in einem scharfen Erlaß sein Mißfallen ausgesprochen. Der Rektor ist zurückgetreten und an seine Stelle ist Prof. Dr. Alfred Mittschelich, der Direktor der landwirtschaftlichen Institute, gewählt worden.

Schuljahr gegen 60 Bauern.

Die „Verbauer Zeitung“ meldet, daß im Kreise Gerdauen gegen nicht weniger als 200 Bauern wegen Nichtbezahlung von Steuern und Abgaben der Offenbarungsbetrieb betrieben wird. Gegen 60 von ihnen soll Schuljahr erhoben worden sein, weil sie sich bisher geweigert haben, den Offenbarungsbetrieb zu leisten.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen:

Gefahr für die evangelischen Friedhöfe in Posen-Stadt.

Der klerikale „Krony Kurier“ hat, offenbar aus dem Göttergott die rechte Weisheit zu geben, in einer Artikelserie einen Selbstzug gegen die evangelischen Friedhöfe in Posen unternommen. Einer dieser Artikel wird mit der für die bewusste Gleichheit der Polen berechtigenden Feststellung eingeleitet, daß evangelische Friedhöfe eigentlich gar keine Friedhöfe sind, da ihnen die Weihe der katholischen Friedhöfe fehle. Sie seien nur Sammelplätze zur Bestattung der Toten. An diese Feststellung schließt sich die Forderung der Liquidation dieser Friedhöfe an, da die Evangelischen viel zu viel Raum belegen und die Katholiken nicht müßten, wo und wie sie ihre Toten bestatten sollten. Der „Krony Kurier“ wendet sich zu dieser Forderung bereitwillig, weil die Polen der evangelischen Deutschen seiner Ansicht nach nur zu politischen Zwecken nach Posen gebracht worden seien und ihre Friedhöfe seinerzeit von der preussischen Regierung erhalten hätten, wegen der Katholiken nicht mit dem notwendigsten Gelände versorgt worden seien. (Dabei liegen auf dem ehemaligen Posener Festungsgebiete nicht nur evangelische, sondern auch katholische Friedhöfe, auf denen auch gegen das eigene Land gekaufte Friedhöfsgelände nicht als die polnisch-katholische Agitation. Es ist, meint der „Krony Kurier“, gar nicht notwendig, private Verbindungen wegen Herausgabe dieser Friedhöfe mit den Deutschen einzuleiten, da diese doch an deutscher Bismarck'schei schelten würden. Diesen könne man nur „Kochsowig“ — nicht einmal vor diesen ersten Erinnerungsfällen müßte die polnische Schiffschifferei halt!

Aus Westpreußen:

Auskauf. Die im 89. Jahrgange erscheinende „Kaufliter Kreiszeitung“, die zuletzt den Titel „Zeitung für Pommern“ führte und nur noch dreimal in der Woche erschien, ist in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und hat ihr Erscheinen eingestellt. Die Drucker ist an eine polnische Firma übergegangen.

Entgel. Am 1. Oktober wurde die deutsche Abteilung der Stadt-Schule Entgel gelöst. Die deutschen Schulkinder müssen für die polnische Schule bezahlen. Man geht davon, daß ein evangelischer Religionsunterricht, der bisher allen evangelischen Schülern in den polnischen Schulen in deutscher Sprache erteilt wurde, abzubauen. Die Lehrer, die bisher den Unterricht erteilten, sind entlassen worden, Nachfolger hat man nicht mehr bestellt.

Baubetrieb. Das Johanniterkrankenhaus ist unter Vertragsbruch am Reformationsfest den deutschen Diakonen abgenommen und polnisch-katholischen Schwestern in Posen überantwortet worden. Die deutschen Diakonen müssen das Krankenhaus in einigen Wochen verlassen.

*

Posen und Westpreußen im Rundfunk.

Wir wollen darauf aufmerksam, daß am 8. Dezember, 18 Uhr bis 18.25 Uhr, Herr Radiotechnik Alfred Dingeldey in Posen und Westpreußen, früher Bromberg, im Berliner Rundfunk unter dem Titel „Sicht in unerschlossenes Land“ einen Vortrag über eine Reise nach Posen und Westpreußen hält.

Für die nicht von der Bundesleitung erteilten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Die Ostmärkische Frau“ 16 Seiten.

